

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fobian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfanstuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 40, Bersprecher 1547. Redaktion und Druckerei: Große Mühlstraße 3. Bersprecher 901.

Prämienverzeichnisse zahlbarer Abonnementspreise: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeigenteil in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.80 Mk. In der Erhebung und den Ausgabenstellen Vierteljährlich 3 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. Bestellgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die sechsseitige Zeitspaltseite 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtezeit 20 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 909

Nr. 38.

Magdeburg, Donnerstag den 15. Februar 1906.

17. Jahrgang.

## Oesterreichische Versicherungskünste.

Aus Wien wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

Seit einigen Jahrzehnten erhebt die Arbeiterchaft Oesterreichs den Ruf nach Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung, ohne daß Regierung und Parlament das Verlangen erfüllt hätten. Vor einigen Jahren setzte die sozialdemokratische Partei einen Petitionssturm in Szene und die Petitionen, die an das Parlament gelangten und welche den Ausbau der Arbeiterversicherung forderten, trugen weit über eine halbe Million Unterschriften. Ihr einziger Erfolg bestand darin, daß sich das Ministerium stöcker bequeme, sogenannte „Grundzüge für eine Alters- und Invaliditätsversicherung“ auszuarbeiten und bekannt zu geben. Darüber hinaus ist man bis heute noch nicht gekommen: Petitionen und „Grundzüge“ liegen im Archiv des Parlaments, wo sie verstauben und vermodern. Nebenbei sei bemerkt, daß sich die Regierung unter Körper den Ausbau der Arbeiterversicherung in einer Art Hütte, die den heftigsten Widerspruch der gesamten Arbeiterchaft hervorrief.

Mit der Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung für die Arbeiter hat es also noch keine guten Wege und die Arbeiter werden sich, sobald sie nur einmal durch die Lösung der Wahlfreiformfrage die Arme frei bekommen, tüchtig rühren müssen, um auch auf dem Gebiete des Arbeiterchutzes einen Schritt nach vorwärts zu erzwingen.

Etwas besser steht es mit den Privatangestellten, deren Tätigkeit zum Teil einen Beamtencharakter trägt. Sie stehen den bürgerlichen Klassen näher als der Lohnarbeiter der Fabrik oder des Betriebes, und für sie glauben Regierung und Parlament ein Uebriges tun zu müssen. Schon am 21. Mai 1901 unterbreitete die Regierung dem Parlament einen Gesetzentwurf über die Pensionsversicherung der Privatbeamten. Die Vorlage wurde dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen, der zu ihrer Ueberprüfung und Beratung beinahe — fünf Jahre benötigte. Vor einigen Wochen hat er sie endlich fertig gestellt und dem Plenum des Hauses vorgelegt. Das Abgeordnetenhaus hat in den letzten Tagen die Verhandlungen über den Ausschussbericht durchgeführt und die Vorlage im großen und ganzen nach den Anträgen des sozialpolitischen Ausschusses angenommen. Die Privatangestellten werden aber der „Sozialpolitik“ des erwähnten Ausschusses wenig dankbar sein. Er hat nämlich, anstatt die Regierungsvorlage zu verbessern, sie fast durchgehends verschlechtert. Und das, trotzdem auch die Regierungsvorlage viel zu wünschen übrig ließ und zahlreiche Verbesserungen sehr gut vertragen hätte.

Eine eingehende Würdigung und Kritik des Gesetzes, das ein sozialpolitisches sein will, müssen wir uns an dieser Stelle schon wegen Raum mangels versagen. Wir wollen hier nur den Versuch unternehmen, den Hauptinhalt des Gesetzes in gedrängter Kürze wiederzugeben.

Das Gesetz bezieht sich auf „alle im Gehalt stehenden Bediensteten mit Beamtencharakter, ferner auf alle jene bediensteten Personen, die ausschließlich oder doch vorwiegend geistige oder höhere Dienstleistungen zu verrichten haben, einschließlich des kaufmännischen Hilfspersonals und der Werkmeister in fabrikmäßigen Betriebsunternehmungen“. Für diese Personen bestimmt das Gesetz eine Alters- und Invaliditätsversicherung, ferner Witwen- und Waisenversorgung. Vom Gesetz ausgeschlossen erscheinen alle beim Hof, Staat oder bei einer staatlichen Anstalt Angestellten. Dagegen umfaßt es andere im öffentlichen Dienst Angestellte (Landes- und Kommunalbeamte), aber nur insoweit, als sie keinen Anspruch auf eine Pension haben. Ausgeschlossen erscheinen ferner alle Angestellten, die noch nicht 18 Jahre alt und diejenigen, die älter als 65 Jahre sind, ebenso auch jene, deren jährliches Einkommen 600 Kronen (180 Mark) nicht erreicht. Jene Angestellten, die an dem Tage, an welchem das Gesetz in Kraft tritt, 55 Jahre alt sind, unterliegen gleichfalls nicht der Versicherung. Für sie wird eine Art Zwangsparkasse geschaffen. Sie erhalten nämlich, wenn sie 65 Jahre alt oder invalid werden oder länger als ein Jahr stellenlos sind, die von ihnen und ihren Unternehmern eingezahlten Prämien mit 3 Proz. Zinsen zurück. Im Todesfall erhalten die Witwen und die Kinder das Geld. Jene Angestellten, die auf Grund einer früheren Dienstleistung eine Rente oder Pension beziehen, die höher ist als die, welche sie nach dem in Rede stehenden Gesetz zu erwarten hätten, fallen ebenfalls nicht unter das Gesetz. Das- selbe ist der Fall bei jenen, die im Auslande dauernd be-

schäftigt werden. Doch können sich die letzteren mit Zustimmung der Pensionsanstalt freiwillig versichern. Aus dem Vorgesagten geht hervor, daß der Wirkungsbereich des Gesetzes ein ziemlich beschränkter ist.

Die Versicherten selbst werden in sechs Gehaltsklassen gegliedert. Die erste Gehaltsklasse umfaßt die Angestellten mit einem Jahresgehalt von 600—900 Kronen (180—270 Mark), die zweite jene mit einem Gehalt von 900—1200, die dritte jene mit 1200—1800, die vierte jene mit 1800—2400, die fünfte jene mit 2400—3000, und die sechste jene Angestellten mit über 3000 Kronen Jahresgehalt.

Die Kosten der Versicherung müssen ausschließlich von den Angestellten und Unternehmern getragen werden, der Staat als solcher liefert weder zu den Prämien noch zu den Renten einen Beitrag. Es handelt sich eben nicht um Gewehre und Kanonen! Nur zur Bezahlung der leitenden Beamten wird er jährlich 100 000 Kronen beisteuern. Ein Mehr hat er für die Sache nicht übrig. Die Versicherten haben ein Drittel, die Unternehmer zwei Drittel der Kosten zu decken. Der Monatsbeitrag der Angestellten beträgt in der ersten Gehaltsklasse 2 Kronen, in der zweiten 3, in der dritten 4, in der vierten 6, in der fünften 8 und in der sechsten 10 Kronen.

Was nun die Leistungen der Versicherung angeht, so sind sie insbesondere für die Angestellten in den niederen Gehaltsklassen äußerst minimal. Die Invaliditätsrente bezieht sich in der ersten Gehaltsklasse mit jährlich 180 Kronen (144 Mark), in der zweiten mit 270, in der dritten mit 360, in der vierten mit 540, in der fünften mit 720 und in der sechsten Gehaltsklasse mit 900 Kronen. Die Witwenrente beträgt für alle sechs Gehaltsklassen die Hälfte der obengenannten Beträge. Die Invaliditätsrente steigt mit jedem Jahre von 9 Kronen in der ersten bis zu 45 Kronen in der sechsten Gehaltsklasse, die Witwenrente um die Hälfte der Steigerung der Invaliditätsrente. Für einfache Verwaite zahlt die Versicherung an Erziehungsbeitrag 25 Prozent, für doppelt Verwaite 50 Prozent jener Invaliditätsrente, die den Eltern im Invaliditätsfalle zugefallen wäre. Invaliditäts- und Witwenrente sind an eine zehnjährige Karenzfrist geknüpft, d. h. jeder versicherte Angestellte muß durch volle 120 Monate die auf ihn entfallende Prämie eingezahlt haben, bevor er der sogenannten Rente im Falle von Invalidität teilhaftig werden kann! Die Karenzfrist hat nur dann zu entfallen, wenn der Versicherte infolge eines in Ausübung des Dienstes und mit dem Dienst in Zusammenhang stehenden eingetretenen Unfalls invalid wird oder stirbt. Als invalid ist derjenige anzusehen, „welcher infolge eines körperlichen oder geistigen Gebrechens seinen bisherigen Berufspflichten nicht weiter zu obliegen vermag“. Doch soll auf die Invaliditätsrente derjenige keinen Anspruch haben, der einen die Invaliditätsrente übersteigenden Betrag, mindestens aber 600 Kronen verdient.

An einmalige Abfertigung an Witwen und Kinder hat die Versicherung 200 Prozent der nach zehn Jahren zu erreichenden Invaliditätsrente zu leisten.

Die sogenannte Altersrente kommt fast gar nicht in Betracht, wenigstens nicht für jene zu Versicherten, die gegenwärtig ein Alter von 30 bis 40 Jahren erreicht haben. Denn sie setzt eine Karenzfrist von 480 Monaten oder vierzig Jahre voraus. Stellenlosigkeit kann die zehn- und vierzigjährige Karenzfrist für die Invaliditäts- und Altersrente noch erheblich verlängern — denn die Zeit, während welcher ein Angestellter wegen Stellenlosigkeit die Prämien nicht zahlen kann, wird in die Karenzfrist nicht mit eingerechnet. Absolviert aber ein Angestellter die volle vierzigjährige Karenzfrist für die Altersrente — was sich nicht sehr häufig ereignet wird —, so erhält er dann als Altersrente denselben Betrag, auf welchen er im Falle der Invalidität in der Form der Invaliditätsrente Anspruch gehabt hätte, jedoch mit Wegfall der jährlichen Steigerung.

Die Regierungsvorlage schlug als Grundlage zur Bemessung von Prämien und Renten drei Jahresklassen vor: die erste mit 600—1200 Kronen, die zweite mit 1200 bis 2400, die dritte mit über 2400 Kronen Jahresgehalt. Der von den Versicherten zu zahlende Monatsbeitrag hätte in der ersten Gehaltsklasse 3 Kronen, in der zweiten 6 und in der dritten 9 Kronen betragen sollen. Dafür hätte an Invaliditätsrente 600, 900 und 1200 Kronen, an Altersrente 900, 1350 und 1800, und an Witwenrente 300, 450 und 600 Kronen zur Auszahlung kommen sollen, und zwar die Invaliditäts- und Witwenrente nach einer fünfjährigen Karenzfrist. Die Altersrente wäre für Männer bei vollende-

tem 65., für Frauen bei vollendetem 60. Lebensjahre zu zahlen gewesen. Die Regierungsvorlage setzte also für die Berechtigung zum Bezug einer Altersrente eine bestimmte Altersgrenze fest, während der sozialpolitische Ausschuss diese Berechtigung an eine volle vierzigjährige Karenzfrist knüpfte. Wir haben die Ziffern der Regierungsvorlage deshalb genannt, um an dem einen Beispiel zu illustrieren, wie weitgehend die Verschlechterungen sind, die der „sozialpolitische“ Ausschuss beantragte und die vom Plenum des Hauses akzeptiert wurden.

Was die Verwaltung betrifft, so mangelt ihr vor allem eine stramme Zentralisation — billig wird sie nicht sein. Der Vorstand der Versicherungsanstalt befindet sich in Wien und setzt sich zusammen aus einem Präsidenten und zwanzig Beisitzern, die je zur Hälfte von den Versicherten und Unternehmern gewählt werden. Neben dem Vorstand fungieren noch die Landesstellen, denen überhaupt der Hauptteil in der Verwaltung zufällt. Die Landesstelle besteht aus einem Ausschuss (einem Obmann und je fünf Versicherten und Unternehmern), der von einer Hauptversammlung gewählt wird, welche letztere sich wieder zusammensetzt von auf schriftlichem Wege gewählten Delegierten der Angestellten und Unternehmer! Der Ausschuss der Landesstelle wählt wieder für je 5000 Angestellte einen Versicherten und einen Unternehmer als Delegierte zur jährlichen Generalversammlung in Wien. Diese Generalversammlung wählt dann den oben erwähnten zwanziggliedrigen Vorstand. Der Präsident des Vorstandes und die Obmänner der Landesstellen, die Juristen sein müssen und nicht Mitglieder der Anstalt sein dürfen, werden von der Regierung ernannt. Man merkt: ein kommissarischer Verwaltungsausschuss ist schon ausgedacht!

Das Gesetz sieht für jede Landesstelle eine Rentenkommission — der die Bemessung und Zuerkennung der Renten obliegt — und ein Schiedsgericht vor. Wie das Gesetz den Begriff Rechtsgleichheit auffasst, erhellt aus folgendem: als höchste Strafe ist für jene Unternehmer, die dem Gesetz nicht nachkommen, eine Geldbuße in der Höhe von 200—400 Kronen festgesetzt, dagegen bedroht es die Versicherten wegen eines eventuellen formellen Verstoßes nicht nur mit Geld- und Arreststrafen, sondern auch mit Entziehung der Rente in unbeschränktem Ausmaß!

Mit dem Vorstehenden erscheint der wesentliche Inhalt des Gesetzes gekennzeichnet. Von sozialdemokratischer Seite wurden zahlreiche Verbesserungsanträge gestellt — sie wurden mit Ausnahme eines einzigen samt und sonders niedergestimmt. Die „sozialpolitische“ Tat, mit der sich das Privilegienparlament verabschiedet, ist seiner Engherzigkeit angemessen. Jubelchrysen klingen die Privatangestellten ob des Gesetzes nicht.

e. r.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 14. Februar 1906.

### Krieg?

Der militärische Mitarbeiter des „Journal des Debats“, Herr Charles Malo, gibt seinem Blatt ein wahrhaft dramatisches Bild der militärischen Rüstungen an der deutsch-französischen Grenze. Auf beiden Seiten sei alles zum Schlagen völlig bereit, die Truppen lägen einander gegenüber und fähen einander das Weiße im Auge — der deutsche Kaiser brauche nur mehr die Telephonfurbel in Bewegung zu setzen, und der Krieg sei da.

„Der Kaiser“ — darin spiegelt sich die französische Auffassung. Sowie auch die offiziöse Presse Deutschlands über die Deutchenhege der französischen Blätter zusammenlügen mag, so ist es ihr doch bisher nicht gelungen, auch nur ein einziges französisches Zeitungszitat beizubringen, das für das Bestehen einer gewissen Angriifslust auf französischer Seite spräche. Frankreich hat keinen Boulanger mehr und das Nebanagegeschrei ist völlig verstummt. Es ist nicht das Gefühl der Schwäche, das die französische Öffentlichkeit zu einer solchen Haltung veranlaßt; man weiß vielmehr auf beiden Seiten sehr gut, daß die Dinge heute nicht mehr so wie im Jahre 1870 stehen, wo Deutschland über einen genialen Strategen und über eine erdrückende Uebermacht verfügte. Aber die französische Republik hat offenbar in einem Kriege mehr zu verlieren als zu gewinnen; sie würde das große Stück europäischer Zivilisation, das sie repräsentiert, aufs Spiel setzen und ein Sieg könnte ihr unter Umständen gefährlicher werden als eine Niederlage.



Aber auch sachlich haben die ruhigen und vernünftigen Politiker, die die auswärtige Politik Frankreichs leiten, keinen Anlaß, an einen kriegerischen Vorstoß gegen Deutschland zu denken. Denn Marokko, um das gestritten wird, ist eine stachlige Frucht, und der Appetit des französischen Volkes nach ihr ist durchaus nicht groß. Wenn es durch deutschen Einspruch verhindert werden sollte, daß die Reorganisation des marokkanischen Polizeiwesens an Frankreich übertragen wird, so werden die französischen Arbeiter, die Gegner der kriegerischen Weltpolitik sind wie die deutschen, deswegen nicht die mindeste Lust verspüren, auf ihre deutschen Brüder zu zielen. Und überdies, wenn schon die französische Diplomatie wirklich auf Marokko verlesen ist, so braucht sie sich nur ein oder zwei Jährchen gedulden: der deutsche Finanzkurs wird dann längst wieder einem andern Schattenbild nachjagen und die französische Politik der „penetration pacifique“, der „friedlichen Durchdringung“, wird in Marokko völlig freie Hand bekommen.

Wenn man darum an eine Kriegsgefahr glaubt, so ist's nur darum, weil man an die Kräfte des Deutschenlands, besser gesagt, der deutschen regierenden Kreise, glaubt. Man kann nicht glauben, daß eine Regierung, die das englisch-französische Kolonialabkommen zunächst gelobt, dann für nicht existierend erklärt, und schließlich die beiden großen Weltmächte beleidigt hat, indem es sich mit dem Sultan von Marokko zu Schutz und Trutz verbündete — man kann nicht glauben, daß eine solche Regierung von friedlichen Absichten besetzt sein könnte.

Wie immer die Konferenz von Algieras enden mag, so hat Deutschland eine Schädigung seiner materiellen Interessen durchaus nicht zu befürchten; denn erstens sind die deutschen Handelsinteressen in Marokko überhaupt lächerlich gering, zweitens können Beschlüsse nur einstimmig, also nicht gegen den Willen Deutschlands, gefaßt werden, drittens aber und hauptsächlich sind die Interessen Deutschlands, wie vor zwei Jahren offiziös anerkannt wurde, durch das französisch-englische Abkommen, das allen Mächten handelspolitische Gleichberechtigung sichert, hinreichend gewahrt. Desto größer ist aber die Wahrscheinlichkeit, daß diese von Deutschland angeregte Konferenz der deutschen Diplomatie eine empfindliche Lehre erteilen und daß der ganze marokkanische Handel mit einer großen diplomatischen Blamage Deutschlands enden wird. Der Versuch der deutschen Diplomatie, durch Internationalisierung der Polizei ein Stück Marokkos unter seine Gewalt zu bringen, ist geradezu lächerlich aussichtslos. Nun fürchtet man, daß Deutschland auf den Gedanken kommen könnte, die „Schmach“, die seiner Diplomatie angetan worden — besser gesagt, die sie sich durch ihre Ziellosigkeit und Unfähigkeit zuzuziehen droht — „mit Blut abzuwaschen“ — daraus allein erklärt sich die in ganz Europa verbreitete Sorge, der alberne Marokkohandel könnte mit dem allgemeinen Völkermorde enden.

Weder — und das ist die Sorge Europas mindern — und die Kräfte, die in den Annahmen in Deutschland vorzubereiten, Versuche, die von einem Teil der bürgerlichen Presse mit periferer Unentwegtheit fortgesetzt werden, bisher kläglich gescheitert. Das deutsche Volk zeigt nicht die mindeste Lust, sich auf den Ehrenstandpunkt des Herrn v. Einem zu stellen und wird sich wenig aufregen, wenn seine Diplomaten aus Algieras mit einer langen Nase abziehen sollten. Dazu kommt, daß es für die französische Republik, die sich immer mehr zur Demokratie entwickelt, die allerlebhaftesten Sympathien empfindet und eine Niederlage dieser Republik durchaus nicht wünschen kann.

Es wäre seltsam, wenn die deutsche Regierung diese Stimmung des Volkes nicht kennen oder nicht beachten sollte. Es mag darum sein, was Herr Malo zu erzählen weiß, daß alles fertig ist und bloß noch die Telephonkurbel gedreht werden muß. Aber die Telephonkurbel wird sich nicht drehen!

### Chemnitz.

In dem sächsischen Manözier ist am Dienstag der feiner arbeitenden Bevölkerung gehörende Reichstagsplatz neu besetzt worden. Der Kandidat der Sozialdemokratie, Genosse Roske, wurde selbstverständlich glatt durchs Ziel getragen. Aber die Zahl der Träger hat sich leider beträchtlich vermindert, so daß der Tag von Chemnitz in uns so wenig Freude auslöst, wie fast alle übrigen Ernteharvesten dem September 1903.

Am 16. Juni 1903 waren auf Schippel, den langjährigen Vertreter von Chemnitz, 31 266 Stimmen gefallen; am 14. Februar 1903 erhielt Roske 31 730. Folglich verlor er 464 Stimmen.

Das umgekehrte Bild liefern, wie so oft schon, so auch jetzt wieder, leider die bürgerlichen Parteien. Sie brachten vor drei Jahren 16 787 Ordnungsmänner an die Urne, und zwar die kartellierten Nationalliberalen und Konservativen 13 051 und die Freiwähler 3703. Gestern jedoch ihre Zahl auf 19 251 an, wovon die Kartellierten 10 200 und die Freiwähler 9051 waren. Der Gewinn der bürgerlichen Parteien beträgt somit 2467 Stimmen.

Das die Sozialdemokratie verloren, haben die bürgerlichen Parteien gewonnen. Oder genauer ausgedrückt: was Sozialdemokratie und kartellierte Reaktionen verloren, hat der Freiwähler gewonnen.

Nun ist es gewiß nicht unerfreulich, daß die offenen Wähler ein gutes Mittel ihrer Wähler eingebüßt haben. Aber man kann Gründe genug anführen, die diese Zahlen nicht erklärlich machen. Der Kandidat der Reaktion, ein Chemnitzer konservativ-antidemokratischer Kommerzienrat, hat sich nicht herbeigelassen, sich seinen Wählern zu zeigen oder auch nur schriftlich ein Stimmenschein über seine jogenannten politischen Absichten und Ansichten zu senden. Das dämpfte den Eifer selbst der entzogenen Wahlrechtsträger. Ein

Teil von ihnen ist da lieber zu dem sächsischen Freiwählermann übergegangen, der doch Versammlungen abhielt und die Sozialdemokratie offensichtlich anzupöbeln den Mut hatte.

Damit hat es ja aber nicht sein Bewenden gehabt. Zu dem Freiwähler sind auch solche Wähler gestoßen, die vor drei Jahren nicht geögert haben, der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben, und zwar in einer überraschend großen Zahl. Jeder dreizehnte sozialdemokratische Wähler von 1903 hat jetzt die rote Fahne verlassen und dem blauen Lappen des Freiwählers den Vorzug gegeben. Des sächsischen Freiwählers sogar, der von allen deutschen Spielarten des Freiwählers die geringste Ursache hat, sich von den reaktionären Nationalliberalen auch nur vorübergehend zu trennen.

Das ist betrieblend. Dreifach und vierfach betrieblend, wenn man, wie nötig, die allgemeine politische Stimmung in Anschlag bringt, mit der und von der die Chemnitzer Wahlagitator getragen wurde. Sie ist der Vermehrung unserer Stimmen so günstig, wie selten vorher. Und statt dessen haben wir eine Verringerung zu registrieren.

Durch die deutsche Arbeiterschaft geht eine tiefe Gärung. In Chemnitz spürt man nichts davon. Die sächsischen und preussischen Arbeiter stehen in einer intensiven Wahlrechtsbewegung; in Chemnitz lichtet sich das Armeekorps der Wahlrechtskämpfer. Die Armee, die Polizei und die Gerichte werden gegen die Arbeiter mobil gemacht; in Chemnitz schließen sich von der Unterschrift der Quittung 2536 Wähler aus. Jahrzehnte an Gefängnisstrafen werden über Straßenbediensteten oder sozialdemokratische Redaktoren in wenigen Wochen verhängt; in Chemnitz nehmen an der Gegendemonstration gegen Gericht, Polizei und Armee 2536 Männer weniger teil, als vor drei Jahren, wo der Wahlkampf von ganz andern, aber wahrlich nicht wichtigeren Fragen beherrscht wurde.

Das ist ein betrieblendes Ergebnis, das auch durch den Sintflut auf die traditionellen Unterschiede zwischen allgemeinen und Ersatzwahlen nicht abgeschwächt wird. Jedermann in unsern Reihen hat angenommen, daß Chemnitz dank der besonderen, von unsern Gegnern in erster Linie geschaffenen Zeitumstände uns endlich aus der beklemmenden Zahlenreihe der Wählerleinbußen herausreißen und uns einen beträchtlichen proletarischen Vormarsch liefern werde — die Ermutung ist gründlich getäuscht worden. Auch Chemnitz ist nur neben Mittweida-Simbach und Auerbach-Kirchberg zu nennen. —

### Gegen die Bergarbeiterbewegung.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde die Beratung des Berg-, Sülten- und Salineneinsatzes begonnen. Zunächst unterzieht man sich über das Kalifornien, dessen Auflösung von Zeit zu Zeit droht. Nach den Erklärungen des Ministers scheint aber sein Fortbestehen wahrscheinlich zu sein. Der Minister erklärte auch, daß er in allen Kohlengebieten auf staatlichen Besitz Wert lege, um einen Einfluß auf die Preisbildung zu haben, und daß er die noch im Privatbesitz befindlichen „Hibernia“-Mitteln kaufen wolle, wenn sie nicht zu teuer seien. Diese Äußerungen wurden im Hause verschiedentlich so aufgefaßt, als ob weitere Verstaatlichungen von Bergwerken bevorstünden. Darauf erklärte aber der Minister, daß außer der Verstaatlichung der „Hibernia“ keine weitere Verstaatlichung geplant sei.

Einiges wurde auch über die Bergarbeiterbewegung und die Bergarbeiterlöhne gesprochen. Der Minister mußte zugeben, daß bei der Untersuchung über die Ursachen des Generalstreiks im Ruhrrevier Mängel zutage getreten seien. Vom nationalliberalen Abg. Silber wurde ein Vorstoß gegen die führenden Persönlichkeiten in der Siebenerkommission gemacht. Dieser edle Scharfmacher behauptete vom Reichstagsabg. Sachse, daß er wohl in Sachen agitiert habe, aber vom weisfälligen Kohlenbergbau nichts verstehe. Noch schlimmer kam der Führer des radikalen Gewerkschafts Eijfert fort, dessen persönliche Ehre von Herrn Silber heftig angegriffen wurde.

Der freiwählerliche Abg. Goldschmidt stellte fest, daß die Bergarbeiterlöhne trotz der Steigerung der Lebensmittelpreise seit 1901 zurückgegangen seien, daß namentlich in Oberschlesien noch ganz miserabile Löhne gezahlt werden. Der Minister bestritt den niedrigen Stand der Löhne nicht, er behauptete nur, daß von den staatlichen Gruben in Oberschlesien die höchsten Löhne gezahlt würden. Daß sie trotzdem Hungerlöhne sein können, ist kein logischer Fehlschluß. Hervorgehoben wurde auch, daß das im Antrag Gumb ausgetragene Mutungsverbot der Internationalen Kohlenbergbau-Gewerkschaft von 34 Millionen in den Schoß geworfen habe, daß also der Antrag, wie das von unserer Seite immer behauptet ist, rein kapitalistisch gewirkt hat.

Am Mittwoch geht die Debatte weiter. —

### Die Angeklagte als Anklägerin.

Der Prozeß gegen die ehemalige Kammerfrau der verstorbenen Prinzessin Malie von Schleswig-Holstein, gegen das vielgenannte Fräulein Anna Milewska, hat am Dienstag in Berlin unter sehr auffälligen Umständen eine abermalige plötzliche Unterbrechung erfahren. Die Angeklagte, die des Diebstahls beschuldigt wird, selbst aber behauptet, die ihr befreundete gewesene Prinzessin, eine notleidende Verwandte des Berliner Hofes, aus eigenen Geldmitteln unterstützt zu haben, lehnte nämlich die ganze Befangenheit ab. Die Begründung, die die Angeklagte für diese Ablehnung gab, war höchst merkwürdiger, um nicht zu sagen aufregender Art.

Sie erklärte nämlich, ihr Hauptgegner, der Herzog Ernst Günther — der Bruder der Kaiserin, der die Angeklagte seinerzeit in gweißlos widerrechtlicher Art von ihrer Herrin trennen und aus Ägypten abziehen ließ — habe ihr durch ihren Rechtsanwalt Graefe gedroht, wenn sie den Vergleich, den er ihr anbiete, nicht annehme, so werde sie zu einem Jahre Gefängnis verurteilt werden. Das habe ihm (dem Herzog) der Richter selbst gesagt. Das Urteil gegen sie sei für und fertig, noch ehe die Verhandlung begonnen hätte.

Als hierauf die Angeklagte auch von dem Staatsanwalt etwas erzählen wollte, brach der Vorsitzende die Verhandlung ab und sprach die Vertagung aus.

Fräulein Milewska war vor Gericht durch zwei Ver-

teidiger, den Rechtsanwalt Lubczynski und den Justizrat Bronker vertreten; es ist kaum anzunehmen, daß sie den verblüffenden Vorstoß gegen den Gerichtshof gewagt hat, ohne sich zuvor mit diesen sehr besonnenen und ruhigen Anwälten ins Einbernehmen gesetzt zu haben. Vielmehr scheint der Rechtsanwalt Graefe nur deshalb aus der Verteidigung ausgeschieden zu sein, um auf alle Fälle ungehindert als Zeuge fungieren zu können. Fräulein Milewska beantragte auch seine sofortige Vernehmung, die aber der Vorsitzende aus strafprozeduralen Gründen nicht zuließ.

Wohl niemals noch hat ein Angeklagter einem preussischen Gerichtshof solche Dinge ins Gesicht geschrien, wie diese Angeklagte. Kaum ist jemals gegen preussische Richter ein schwererer Vorwurf erhoben worden. Bevor er gewertet werden darf, muß aber abgewartet werden, was die in Frage kommenden Richter gegen die anklagende Angeklagte zu unternehmen für gut und nützlich halten.

Heute mögen daher nur einige formelle, aber nicht unrichtige Bemerkungen gemacht werden, die ein Jurist im „Vorwärts“ anstellt. Er schreibt:

Die Ablehnung eines gesamten Gerichtshofes ist nach Ansicht des Reichsgerichts unzulässig; es können nur die einzelnen Mitglieder des Gerichts abgelehnt werden. Die Ablehnung eines Staatsanwalts wegen Befangenheit ist unzulässig, weil das Gesetz die Unbefangenheit eines Staatsanwalts keineswegs voraussetzt. Das kann die juristisch nicht vorgebildete Angeklagte nicht wissen. Ihr kam es offenbar darauf an, über die von ihr aufgestellte Behauptung Beweis erheben zu lassen, die insbesondere gegenüber dem betenden Vorsitzenden gar unglaubwürdig klingt. Deshalb gründen die Verteidiger dieses Verlangens der Angeklagten nicht in die juristische Form eines Beweisanspruches, überließen die Angeklagte vielmehr ihrer juristischen Unbeholfenheit? Weshalb nahm die Staatsanwaltschaft wesentlichen Punkte unrichtige Berichtigungen einiger Tagesblätter zu geben, unterließ es aber, den Beweisanspruch zu formulieren, den die Darlegungen der Angeklagten erforderlich machen? Ist es gleichgültig, ob in der Tat der Angeklagten mitgeteilt ist, ihre Verurteilung hänge davon ab, ob sie einen Vergleich in einem Zivilprozeß eingehe? Weshalb endlich hatte die Verteidigung den Rechtsanwalt Graefe nicht geladen?

Das offiziöse Depeschendebureau ist übrigens schon in die Lage gesetzt, mitzuteilen, daß der Herzog zu Schleswig-Holstein keinerlei Beziehungen irgendwelcher Art zu den Richtern in der Strafsache Milewska gehabt hat, und daß diese Herren dem Herzog gänzlich unbekannt sind. Wichtiger als diese Erklärung wäre eine Vernehmung des von der Angeklagten benannten Zeugen, um klarzustellen, welche Tatsachen sie zu der von ihr vorgebrachten Behauptung veranlaßt haben. —

### Soziales.

**Heimarbeiterkongress.** Ein Kongress hat gestern früh unter dem Vorsitz des Kaisers stattgefunden. Veranlassung dazu hat nach der Scherlpresse das Interesse des Kaisers für die unbefriedigenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Heimindustrie gegeben. In den letzten Jahren ist zwar eine Reihe von Bestimmungen zugunsten der Heimarbeiter getroffen worden, die aber in der Hauptsache nur der Wäsche- und Kleiderkonfektionsbranche zugute kommen. Eine Ausdehnung dieser gesetzlichen Maßnahmen erscheint notwendig, weil gerade in der Hausindustrie mit Recht Klage geführt wird über die Unklarheit in den Arbeitsbedingungen und über das Trudsystem. Auch die Frage des Kinderschutzes bedarf mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Heimarbeiter einer neuen Prüfung, die Versicherung für Heimarbeiter umfaßt neben der Unfallversicherung für Familienangehörige bis jetzt lediglich die Invalidenversicherung in der Tabak- und in gewissen Zweigen der Textilindustrie. In Vorbereitung befinden sich, wie aus den neusten Mitteilungen des Grafen Posadowsky bekannt ist, zwei Gesetzesentwürfe, von denen einer die Hausarbeit in der Zigarrenindustrie betrifft; der zweite Entwurf behandelt die Krankenversicherung der Heimarbeiter. Die beiden Vorlagen werden als Vorbild für weitere Gesetze auf andern Gebieten der Hausindustrie betrachtet. —

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 14. Februar 1906.

— **Die Stelle des Ersten Bürgermeisters** der Stadt Magdeburg wird jetzt im „Mittlichen Anzeiger“ zu den bereits mitgeteilten Bedingungen ausgeschrieben. Die Bewerbungen müssen sich bis zum 15. März in den Händen des Vorsitzers der Stadtverordnetenversammlung, des Herrn Fröhe, befinden. Der Kommission, die die Wahl vorzubereiten hat, ist übrigens das Recht zuerkannt worden, mit geeignet erscheinenden Personen, die sich nicht melden, in Unterhandlung zu treten. Wie verlautet, wird von einer Seite Herr Dr. Gebeling, der Oberbürgermeister von Dessau, als Nachfolger des Herrn Schneider empfohlen, auch der Name des Herrn Dr. Dehler, der ehemals hier Stadtrat war, dann Erster Bürgermeister von Halberstadt und im Vorjahre Oberbürgermeister von Krefeld wurde, wird genannt. Abgesehen davon, daß der Vertrag mit der Elektrizitätsgesellschaft, der jetzt bei der Uebernahme des Elektrizitätswerks so unangenehm empfunden wurde, Herrn Dehlers Wert ist, verhindert auch wohl der Umstand, daß Herr Dehler erst vor wenigen Monaten nach Krefeld überfiedelte, daß er als ernstlicher Bewerber in Betracht kommt, trotz eifriger Befürwortung durch einige Herren in den städtischen Körperschaften. —

— **Den städtischen Laternenanzündern** verweigerte die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer letzten



# Beilage zur Volksstimme.

Nr. 38.

Magdeburg, Donnerstag den 15. Februar 1906.

17. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

42. Sitzung.

Berlin, 13. Februar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Unterstaatssekretär **Wermuth**, Kommissar.

Die zweite Lesung des

### Entsch. des Innern

wird fortgesetzt.

**Abg. Gagern** (Natl.): Der Abg. **Benz** will sich augenscheinlich durch sein Hochgelob auf die russische Revolution Vergebung für seine revisionistischen Sünden erkaufen. Ich hat wohl das Schicksal seines Fraktionsgenossen **Cramer** gewarnt, der zum Großherzog von Hessen gegangen ist. (Heiterkeit.) Ich muß entgegengesetzt protestieren, daß der Abg. **Stöckel** die Mitglieder des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie als Feindlinge bezeichnet hat. Der Reichsverband hat der Sozialdemokratie bei sechs Nachwahlen gehörig eingeheizt. In 50 Jahren sind die bürgerlichen Stimmen um 18 Prozent voran, die sozialdemokratischen um 10 Prozent zurück. Wir haben nichts dagegen, daß man uns als Scherzmaker bezeichnet, wir wollen die Gewissen schärfen im Kampfe für die christliche Weltanschauung. — **Nedner** zählt eine Anzahl von Fällen auf, in denen sozialdemokratische Klaffierer Gelder veruntreut haben. (Zurufe b. d. Soz.: Stehen die Fälle schon in den Veröffentlichungen des Reichsverbandes?)

**Präsident Graf V. Kallstrein** (zu den Sozialdemokraten): Sie brauchen doch keine Zwischenrufe zu machen, da noch zehn Redner von Ihnen auf der Liste stehen. (Rufe rechts: Ruhe! Ruhe.)

**Abg. Gagern** (fortfahrend): Der Reichsverband wünscht keine Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, er hofft auch ohne sie zum Ziele zu kommen. Leider macht uns **Graf Posadowski** mit katholischsozialistischen Reden den Kampf noch schwerer. Er sagte neulich, der Besitz sei selten ein Verdienst, nie eine Tugend, aber meist eine Annehmlichkeit. Der Besitz ist vielmehr meist eine Last. (Stürmische Heiterkeit b. d. Soz., Rufe: Her damit!) Je weniger wir mit den Verurteilungen des Grafen **Posadowski** übereinstimmen können, desto mehr war uns die Herrenhausrede des Fürsten **Willow** aus der Seele gesprochen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Regierung darf nicht nach dem alten Worte Vergils die Mächte der Hölle gegen den Himmel aufbieten. (Stürmische Heiterkeit und ists erneute Zwischenrufe b. d. Soz.) In diesem Zusammenhang kann man ja sein eignes Wort nicht verstehen. Ich will daher mit der dringenden Bitte schließen, daß kein Regierungsmitglied den bürgerlichen Parteien in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie einen Knüttel zwischen die Weine werfen möge. (Lebhafte Beifall rechts und b. d. Natl.)

**Abg. D. C. H. E. N.** (Natl.) erklärt sich für eine Zwangsgenossenschaft für Automobilisten.

Unterstaatssekretär **Wermuth** stellt ein Reichsgesetz über das Automobilwesen in Aussicht und entschuldigt die Abwesenheit des Grafen **Posadowski**, der durch wichtige Angelegenheiten zurückgehalten sei.

**Abg. Kulewski** (Polen): Wer immer den geistigen Zynismus gehabt hat, das Wort von der gefüllten Kompostschüssel zu sprechen, der besitzt wenig Gefühl und Verständnis für das Leid der Arbeiter. (Sehr laut! b. d. Soz.) Wir verlangen eine energische Fortführung der Sozialreform. Die Heimarbeiterausstellung redet Wände. Auch wir wollen keine Ueberstürzung; aber der zehnjährige Maximalarbeitsstag, die Vereinheitlichung der Versicherungsbeiträge und die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersversicherung auf 65 Jahre sind sehr wohl durchführbar. Es ist besser, hierfür Geld auszugeben, als für Schiffe, die in der Welt herumfahren. Den landwirtschaftlichen Arbeitern muß das Koalitionsrecht gewährt werden. Das paradiesische Bild, das **Abg. Rogalla** v. **Wieberstein** von den Zuständen der Landarbeiter zeichnete, ist leider weit weniger zutreffend, als das düstere Bild, das **Herr von Verlach** entwarf. In den polnischen Landesteilen bewegt sich die Sozialpolitik in dem Fahrwasser des Ostmarkenvereins. Selbst in Posen sind die Polen besser daran als in Preußen. (Beifall bei den Polen.)

**Abg. Dr. Leonhardt** (Frl. Sp.): Den Ärzten geht es längst nicht so gut, wie **Herr Stadthagen** behauptete. Raum kann

es doch keinem Berufe verdenken, wenn er seine Lage verbessern will. Auf dem Standpunkt der freien Arztwahl stehen auch viele Arbeiter. — Wenn ich auf die Angriffe des **Abg. Stadthagen** gegen meine Freunde **Mugdan** und **Schhoff** geantwortet hätte, so würde ich mir einen Ordnungsruf des Präsidenten zuziehen. (Zustimmung b. d. Freis.) **Nedner** tritt für Bekämpfung der Tuberkulose, des Alkoholismus und der Syphilis ein, beklagt die Prostitution, hält aber ihre Kasernierung für unbedenklich. Der Staat kann nicht die Garantie für die Gesundheit der Prostituierten übernehmen. Nicht mit Steuern und Zwangsmassregeln, sondern durch Aufklärung müssen Alkoholismus und die anderen gefährlichen Volksleiden bekämpft werden. (Lebhafte Beifall b. d. Freis.)

**Abg. Herr v. Sachsen** (auf der Tribüne schwer verständlich): Es wird dem Reichsverband nicht gelingen, die Arbeiter der Sozialdemokratie absperrig zu machen. Früher ist der **Abg. Gagern** für Ausnahmegesetze uns gegenüber eingetreten. (Hört, hört! links.) Jetzt erklärt er sie für überflüssig und hält die bestehenden Gesetze für genügend, weil auf Grund derselben die drakonischsten Mittel gegen Sozialdemokraten möglich sind. Daß **Herr Gagern** in seiner Eigenschaft als Richter Sozialdemokraten wegen Kleinigkeiten ins Zuchthaus bringen würde, traue ich ihm allerdings ohne weiteres zu. (Präsident **Graf V. Kallstrein** ruft den **Nedner** wegen dieser Äußerung zur Ordnung.) Man wirft den Sozialdemokraten „Verheugung“ vor. Aber der Terrorismus, den **J. V. das Zentrum** ausübt, hält gar keinen Vergleich aus. (Sehr laut! b. d. Soz.) Als Staatssekretär des Zukunftstaats würde **Graf Posadowski** weit erfolgreicher wirken können als er heute wirkt. (Heiterkeit b. d. Soz.) Wie ungenügend unsere Sozialpolitik noch ist, zeigt recht deutlich die vollkommene Schullosigkeit der Glasarbeiter. Jahr für Jahr weise ich vergeblich auf die Notwendigkeit hin, etwas für die Glasarbeiter zu tun. Ein Maximalarbeitsstag für Glasarbeiter wäre sehr wünschenswert. Noch immer werden zahlreiche Kinder in den Glashütten beschäftigt, weit mehr, als in der amtlichen Statistik angegeben ist. Die Kinderarbeit dehnt sich vielfach bis zu täglich 12 Stunden aus. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Arbeiterrechte stehen in Deutschland noch vielfach auf dem Papier. Ausländische Arbeiter vollends haben in Deutschland nicht das Recht, ihre Interessen zu vertreten, sie werden, wie das nennlich erst in Oberhausen geschehen ist, ausgewiesen, wenn sie einer Gewerkschaft beitreten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es ist Zeit, diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen. (Wabal! b. d. Soz.)

**Abg. Trimborn** (Frl. Sp.) stellt fest, daß er mit der Grube „Fortuna“ nichts zu tun habe und daß nur einer seiner vielen Brüder (Heiterkeit) ein paar Tage dieser Grube besitze. Ich muß auf das entschiedenste dagegen protestieren, daß der **Abg. Sachs** aus meiner angeblichen Verbindung mit der Grube „Fortuna“ parteipolitisches Kapital zu schlagen versucht hat und mich noch entschwiegen gegen die unanständige Kampfesweise gewisser Flugblätter protestieren. Außerdem ist noch von einer Zuckerkart die Rede, die übrigens in Wirklichkeit eine ungeschuldige landliche Sieberei ist. Da habe ich in der Tat Affen gerollt — man kann doch schließlich nichts dazu, wenn man so etwas erbt. (Heiterkeit.) — Ich muß diese ganze gehässige, ordinäre Kampfesweise der Flugblattkassierer der hoffentlich allgemeinen Verachtung preisgeben. (Lebhafte Beifall im Zentrum und rechts.)

**Abg. Merzen** (Freis. Sp.) tritt für Vogelschutz und Kindererziehung ein. In den Glashütten, die zur ein Spottziel gemacht werden, hängen unzählige Kindertränen. Das Kindererziehungsgesetz von 1904 steht nur auf dem Papier. Seine Achillesferse ist der § 3 mit dem Unterscheid zwischen „eigenen“ und „fremden“ Kindern. Erfindlicherweise haben **Wirttemberg** und **Hessen** schärfere Bestimmungen erlassen, bedauerlicherweise hat dagegen der Bundesrat für gewisse Industrien die Altersgrenze herabgesetzt. Für mehrere Bezirke ist sogar der Kreis der Industrien, in denen auch fremde Kinder beschäftigt werden können, erweitert worden, was ein unbedingter Rückschritt ist. Die Kinder, die Tag für Tag ohne Erholung fünfliche Blumen verfertigen, werden mit 2½ Pf. die Stunde entlohnt. Dringend notwendig ist die Heranziehung von Ärzten und Lehrern zur Kontrolle. Eine Novelle zum Kindererziehungsgesetz ist dringend notwendig. (Beifall links.)

**Abg. Verlach** (Freis. Sp.) polemisiert gegen die Abgeordneten **Rogalla** v. **Wieberstein** und von **Oldenburg-Januschau**: Die

heutige Regelung der Armenpflege auf dem Lande ist völlig ungenügend. Viele Armenhäuser sind überfüllt. In einem Armenhause waren in einem Räume ein alter idiotischer Mann und ein halb-wüchsiges Mädchen untergebracht, auf das der Mann fortwährend Schläge und Schimpfen verübte. (Hört, hört! links.) Die Ostpreußen sind nur in einer Beziehung voran, sie stellen die schneidigsten Kämpfer der Lebensmittelverteilung. (Heiterkeit.) — **Nedner** geht näher auf die auf den ostpreussischen Gütern gezahlten niedrigen Gehälter und Löhne ein. Ein Schäfer erhält 600 Mark Gehalt, davon aber nur etwa 100 Mark in bar. Will er einmal Urlaub haben, muß er auf seine Kosten einen Vertreter stellen; er kann jeden Tag entlassen werden, ist aber seinerseits an eine lange Kündigungsfrist gebunden. In des **Herrn v. Bieberstein** Wahlkreis betragen die Löhne für einen männlichen Arbeiter 300 Mark für den weiblichen 210 Mark jährlich. (Hört, hört! links.) Wenn ich nach des **Herrn v. Bieberstein**s Behauptungen kolossal gestiegen sind, wie müssen sie dann erst früher gewesen sein! (Sehr richtig! links.) Nach der Gefindeordnung darf ein Knecht nicht einmal beim Dienst verlassen, wenn ihn sein Dienstherr mit der Peitsche traktiert. (Lachen rechts.) Ja, Sie haben gut lachen, Sie stehen nicht unter der Gefindeordnung. (Große Heiterkeit links, Zurufe b. d. Soz.: Leider!) Da auch die sonst agrarisch zusammengesetzte polnische Fraktion und der Zentrumsbundordnete **Giesberts** — leider vorläufig nur außerhalb des Hauses — sich gegen die Gefindeordnung erklärt haben, so wird hoffentlich dieses alte reaktionäre Vollwerk bald fallen. (Beifall links.)

**Abg. v. Massow** (Natl.): **Herr v. Verlach** hat mich in der schärfsten Weise persönlich angegriffen. Dieser junge Mann, der noch im Hemdzügel hinten heraus herumlief (stürmische Heiterkeit rechts), als ich bereits mehrere Feldzüge hinter mir hatte, scheint eine schlechte Erziehung hinter sich zu haben, daß er einen alten 63jährigen Mann in dieser Weise angreift. (Lachen links.) **Herr v. Verlach** wechselt seine Farbe häufiger wie ein Chamäleon und hebt die Dienstmädchen gegen ihre Herrschaften auf. **Herr Mehring**, der ihm sehr nahe steht, nennt ihn einen politischen Leichenfledderer. (Stürmische Heiterkeit rechts.)

**Abg. Schöpplin** (Soz.): Obwohl der Braunkohlenbau im Königreich Sachsen sich meist über Tage oder bei höchstens 10 bis 12 Meter Tiefe vollzieht, sind seine Krankheiten und Unfallsrisiko noch höher als in der Steinkohlenindustrie und steigen von Jahr zu Jahr. Nach den Feststellungen meines Freundes **Gue** ist überhaupt die Lage der Braunkohlenarbeiter noch schlechter als die der Steinkohlenarbeiter, während dort der Abbau immer lohnender wird, so daß die Industrie die Kosten für einen wirksameren Arbeiterschutz wohl tragen könnte. — Der **Abg. Gagern** hat eine Reporellon-Liste von Angestellten in der Arbeiterbewegung vorgelesen, die Geld unterschlagen hätten. Selbstredend gibt es unter den Millionen Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern einige räubige Schafe. Wir können aber mit weit längerer Liste von Spitzbuben aus den staatsverhaltenden Parteien aufwarten. Ich würde mich berpsichtigen, allein aus dem letzten Jahre eine doppelt so lange von wachsend national-liberalen Spitzbuben vorzulesen. Eigentlich hätte ich ja dem **Abg. Gagern** einen besseren Beschmaß zugetraut, aber der **Abg. Lehmann** hat uns ja zur Genüge gezeigt, wie tief ein National-liberaler sinken kann. (Sehr laut! b. d. Soz.)

**Abg. Förster** (Soz.): Die Darstellung des **Herrn Abg. Lehmann** von der Ausperrung der sächsisch-thüringischen Textilarbeiter, auf der er sich der Dant seiner Kritik über die Dant hat, war ganz einseitig und falsch. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Er sprach vom Terrorismus der Arbeiter, aber nicht eine der vielen politischen Forderungen ist vom Gericht als gerechtfertigt anerkannt worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dagegen mußte gegen den Terrorismus der Arbeitswilligen in zwei Fällen eingeschritten werden. (Erneutes Hört, hört! b. d. Soz.) Nach der Steuerstatistik hatten in **Preußen** 1904 2193 Familien unter 400 Mark Einkommen. (Hört, hört! links.) Dabei geben die Unternehmer selbst bei der Steuerbehörde an, was die Arbeiter verdienen. Es ist sehr charakteristisch, daß unsere höchste entwickelte Industrie die längste Arbeitszeit und die allergeringste Entlohnung hat. Die „unbilligen“ Forderungen der Arbeiter gingen auf eine zehnjährige Arbeitszeit und eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Aber die Unternehmer lehnten alle Verhandlungen mit dem Verbanne ab. Darauf erklärten die Arbeiter sich sogar bereit, auch diese Bedingung anzunehmen

## Feuilleton.

Manuskript verboten

### Augustin Robespierre.

Roman aus der französischen Revolutionszeit.

Von **Jan ten Brink**. Deutsch von **Georg Gärtner**.

#### 1. Vor dem Bäckerladen.

Es war am 26. Juli 1793. Die Schatten des Abends senkten sich wie ein grauer Nischenregen auf Paris herab und in der Rue Neuve-des-Petits-Champs wurden die Laternen angezündet. Eine bunt zusammengewürfelte Volksmenge bewegte sich durch die Straße. Ein wildes Durcheinander laut rufender Stimmen erscholl und wurde nur von Zeit zu Zeit durch einen Trommelwirbel aus der Ferne übertönt. In der Ecke der kurzen Rue de Vantadour stand ein hohes dreistöckiges Haus mit einem großen Aushängeschild auf der Seite der Rue Neuve-des-Petits-Champs. Auf diesem Schilde las man den Namen: **Obelin, Bäckermeister**, über demselben war noch eine zierliche, halbkreisförmige Aufschrift folgenden Inhalts zu bewundern: „Liberte, Egalite, Fraternite ou la mort.“ Aber die Dämmerung der anbrechenden Sommernacht webte schon einen Schleier darüber. Es schien jedoch aller Welt bekannt zu sein, daß dieses Eckhaus Eigentum des Bürgers **Obelin, Bäckermeister**, war.

Vor der Tür herrschte ein Gedränge, das die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden erweckte. Unmittelbar vor der geschlossenen Doppeltür stand eine Reihe von Weibern — meist Arbeiterfrauen und Dienstmädchen — die paarweise eine lange, von dem Bäckerhaus bis weit in die Rue de Vantadour hinreichende Reihe bildeten. Manche Fußgänger blieben eine Weile stehen, um sich die Frauen zu betrachten — die meisten achteten nur wenig darauf. Das Schauspiel schien nichts Außerordentliches an sich zu haben. Man konnte es täglich genießen. Man wußte, daß die Bürgerinnen sich dort zusammenfinden, um, wenn um Mitternacht oder gegen Morgen das Brot aus dem Ofen genommen wurde, sofort ihre Einkäufe zu machen.

Es war notwendig, schon so frühzeitig vor dem Bäckerladen Posto zu fassen. Wenn man erst am Morgen kam, lief man Gefahr, alles ausverkauft zu finden. Unter der Frauenchar herrschte großer Lärm. Ihre freischwebenden Stimmen schollen weit durch die Stille des Sommerabends und wuchsen mitunter zu einem wirren Getöse an. Da die Dunkelheit noch nicht vollends angebrochen war, während am Firmament schon vereinzelte Sterne aufblitzten und das Licht der Laterne an der Ecke der Rue de Vantadour die Gruppe von oben beschien, sah man die lange Reihe der Bürgerinnen, die fast alle hohe weiße Hauben trugen, in Bewegung.

Junge hübsche Gesichter, manchmal nur von einem noch aufsteckenden Haarwuchs umrahmt, zeigten sich neben den verwitterten und vergrämten Zügen alter Frauen, deren nachlässig auf den Hinterkopf gehobene Haube darbot, daß sie alle Gefallsucht endgültig über Bord geworfen hatten. Zuweilen verriet ein Lichtstrahl aus der Laterne, daß sie hinten an der Haube eine viel zu große Kofarde von rot-weiß und blauem Band trugen. Obwohl die Aussicht, noch inundenlang auf dem Plaze auszuhalten zu müssen, gerade nicht geeignet war, sie heiter zu stimmen, so hörte man sie doch in einem fort lebhaft schwätzen.

„Und ich sage, es ist ein Skandal!“  
„Ja auch!“  
„Es kommt kein Mehl mehr in die Stadt!“  
„An wem liegt die Schuld?“  
„An den Bürgern in den Tuilerien!“  
„An den Gnadenbrotfreßern im Palais national!“  
„Schreit nicht so laut — es gibt überall Spione!“  
„Sie mögen mich hören! Das ist ein Hundeleben, was wir jetzt haben. Die Läden immer ausverkauft! Ich habe seit einem halben Jahre kein Fleisch mehr gehabt, denn das Pfund kostet 25 Sous. Ich muß alles mit Wäcken verdienen — mein Mann ist alt und krank! Meine Söhne kämpfen gegen die Rebellen in der Vendee . . . meine Tochter . . .“  
„Ihre Tochter, Bürgerin?“  
„Sie lief aus dem Hause und — treibt sich nun nachts als große Dame im Palais Royal herum.“

„Jesus Maria! Es ist schrecklich! Der Zucker kostet jetzt schon vier Livres das Pfund.“

„Wenn es nur wenigstens Zucker wäre! Alles wird von den Reichen um doppeltes Geld aufgekauft. Für uns bleibt nichts übrig!“

„Die Aufkäufer kommen unter das National-Schermesser. Das Tribunal wird's ihnen schon eintränken.“

„Das Tribunal? Die Sektionen müßten dafür sorgen!“

„Wenn sie nur bei allen Reichen Hausdurchsuchungen und den Heberfuß konfiszierten!“

„Hausdurchsuchung? Ni das Freizeid und Gleichheit?“

„Wer so redet, hält es mit Bitz und Coburg.“

„Sagen Sie das nicht noch einmal, sonst reiße ich Ihnen die Zunge heraus!“

„Schweig alle beide — ist das Elend nicht schon groß genug?“

„Hört die Aristokratie! — An die Laterne mit ihr!“  
Der sehr laut geflüsterte Wortwechsel hatte einige Vorübergehende zum Stehenbleiben veranlaßt.

Eine Gruppe von einem halben Duzend junger Bürger hatte dem Zank sehr aufmerksam zugehört. Sie traten unter die Frauen. Beim Schein der Laterne sah man, daß diese jungen Leute sich durch eine gewisse Eleganz in ihrem Auftreten und in ihrer Kleidung auszeichneten. Sie trugen Hüte mit breiten Krempe oder hohe Dreispitze, die sehr auffallend mit dreifarbigem Bändern geschmückt waren. Geleidet waren sie in hellgraue Röcke mit grünen Kragen und grünen Aufschlägen. Sie suchten mit dicken Knütteln in der Luft herum. Ein wildes Durcheinander von Stimmen erhob sich.

„Ich bitte Sie alle, Bürgerinnen, nicht mehr von der Laterne zu sprechen! Wir ruhigen Bürger unfres teures Paris wollen nichts mehr davon hören. Keinen Zank! Hat das arme Vaterland noch nicht genug gelitten? Wohin soll es führen, wenn die Frauen von Paris auch schon konfisziieren . . .“

[Fortsetzung folgt.]



und trotzdem in Verhandlungen einzutreten, da ihnen die Verbesserung der Existenzbedingungen höher stehe als Formalitäten. Antwort der Unternehmer war die, daß sie einfach ein Ultimatum stellen, werde das abgelehnt, so finde keine Verhandlung mehr statt. (Hört, hört! b. d. Sog.) Der Kampf ist schließlich zum Nutzen der Arbeiter ausgegangen, aber sobald sie sich wieder erholten, wird die elende Lage dieser Arbeiter und Arbeiterinnen sie zwingen, den Kampf von neuem aufzunehmen. Mit dem Geschäft vom Terrorismus der Arbeiter werden die Herren im Lande keinen Erfolg haben, die Arbeiter wissen, was daran ist. Sie können uns nur dadurch bekämpfen, daß sie die Forderungen der Arbeiter erfüllen. (Bravo! b. d. Sog.)

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Abg. v. Gerlach: Die Rede des Herrn v. Massow war durchaus ein würdiges Pamphlet, das er vorlas, als er mit seinem eignen Geist zu Ende war, was ziemlich rasch ging. Ich möchte nicht den Wahlanspruch der Familie v. Massow anführen.

Präsident Graf v. Helldorf: Selbst wenn Sie der Familie v. Massow angehören (stürmische Geisterheit), dürften Sie in einer persönlichen Bemerkung diesen Wahlpruch nicht zitieren. Hierauf wird das Gehalt des Staatssekretärs sowie die fortwährenden Ausgaben für das Reichsamt des Innern bewilligt.

Gegen die Stimmen der Rechten wird eine Resolution Abrecht und Gen. (Sog.) angenommen, welche den Reichskanzler ersucht, Erhebungen über die Arbeiterverhältnisse in der Großenindustrie einzuleiten, die sich besonders auf die Dauer der Arbeitszeit, das Uebererschichtenwesen, die Nachtarbeit, die Unfallhäufigkeit und Ertränkungsgefahren, die Durchführung der vorhandenen Schutzbestimmungen, die Wais- und Wadeneinrichtungen usw. erstrecken soll.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen die Initiativanträge. Zunächst Beratung des Antrags Abrecht und Gen. betr. die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in sämtlichen Bundesstaaten. Dann der Antrag Nisler (Konf.) und Gen. betr. die Gewährung von Beihilfen an Kriegsveteranen. Schluß 6 Uhr.

## Aus der Parteibewegung.

Eine Staatsaktion scheint die Koblenzer Staatsanwaltschaft in bezug auf das zur Einleitung der Agitation zur Verringerung des preussischen Landtagswahlrechts vorbereitete Flugblatt vorzubereiten. Am Montag den 5. d. M. wurde der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei in Koblenz wegen Vergehens gegen die § 180 und 181 des Strafgesetzbuchs als Beschuldiger, am Dienstag den 6. d. M. der Redaktor des dortigen Gewerkschaftsblattes in gleicher Angelegenheit als Zeuge durch den Untersuchungsrichter, einen Landgerichtsrat, vernommen. Am Mittwoch den 7. d. M. wurden vor dem Amtsrichter zu Kreuznach der dortige Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei und 20 Genossen, gleichfalls in der Flugblattangelegenheit wegen Vergehens und Uebertretung vernommen. Gleichfalls am Mittwoch den 7. d. M. waren neun Obersteiner Genossen, die bei der Flugblattverbreitung im Wahlkreis Kreuznach-Simmern geholfen hatten, vor das kirchliche Amtsgericht geführt; und schließlich ist auch vor dem Amtsrichter zu Ahrweiler ein Genosse aus Neuenahr in der Flugblattangelegenheit vernommen worden.

Ein Strafverfahren wurde gegen den Genossen Hermann Wendel an der Chemnitzer „Volkstimme“ von der Dresdener Staatsanwaltschaft eingeleitet. Wendel wird als Verfasser eines Artikels „Carabinierilager“ angeklagt, der Mitte vorigen Jahres in der „Sachl. Arb. Ztg.“ erschien. Genosse Niem von der „Sachl. Arb. Ztg.“ erhielt wegen desselben Artikels schon im November vorigen Jahres 6 Monate Gefängnis.

Der 16. badische Parteitag tagte Sonnabend und Sonntag in Karlsruhe. Ueber 120 Delegierte aus allen Teilen des Landes waren anwesend. Der Geschäftsbericht des Landesvorstandes wie der des „Karlsruher Volksfreund“ gaben Anlaß zu längeren Auseinandersetzungen. Der Landesparteitag erklärte sich schließlich mit der Tätigkeit des Landesvorstandes einverstanden und billigte in einer Resolution noch besonders das bei der Landtagswahl abgeschlossene Kompromiß mit dem liberalen Block. Das neue Landesstatut wurde im wesentlichen nach dem Entwurf des Landesvorstandes genehmigt; den monatlichen Grundbeitrag setzte man dabei auf 25 Pfg. fest. Ein Referat des Landtagsabgeordneten Gen. Eisinger-Mannheim über die Beteiligung an den Kommunalwahlen wurde ohne Diskussion entgegengenommen, ebenso ein Referat des Reichs- und Landtagsabgeordneten Gen. Eisinger-Karlsruhe über die badische Schulpolitik. Debatte vor einstimmigen Annahme gelangten ferner eine Sympathieerklärung für die badische Eisenbahner und eine Resolution, in welcher zunächst die Sympathie mit der russischen Revolution zum Ausdruck gebracht und des weiteren das Verhalten der badischen Polizeibehörden am 10ten Sonntag scharf verurteilt wird. Zum Vorort für das Jahr 1906 wurde Karlsruhe wiedergewählt; die dortigen Genossen haben die Wahl des fünfgliedrigen Landesvorstandes vorzunehmen, dem als Leichter mit beratender Stimme der Landesparteisekretär Gen. Eisinger angehört. Als Tagungsort für den nächsten Parteitag wurde das Schwarze Freiburg gewählt.

Die Militärfrage ist, wie bereits kurz berichtet wurde, die Hauptrolle auf dem außerordentlichen Parteitag, den unsere schweizerischen Genossen am Sonnabend und Sonntag abhielten. Diese Militärfrage ist entstanden aus dem Mißbrauch, den die schweizerische Militärverwaltung mit Soldaten bei Straßenspielen treibt. Sie haben dabei in der Regel die Funktionen der Polizei auszuüben. Man glaubte dem Mißbrauch hemmen zu können durch den Militärrücktritt, auch die den Anarchisten entlehnte Idee der Militärdienstverweigerung in allen anderen Fällen, z. B. beim Ausbruch eines Krieges, spielte in der Diskussion eine Rolle, und schließlich ergab es sich als notwendig, endlich einmal für die Partei eine klare Parole zu geben, wozu der Parteitag dienen sollte. Er erledigte sich seiner Aufgabe durch die Annahme folgender Resolution:

1. Die sozialdemokratische Partei der Schweiz erweist im Grunde mit den sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder die Ablehnung aller Kriegsmittel und Kriegsmittel unter den gewöhnlichen Völkern. Sie verlangt die Erledigung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichtliche.
2. So lange dieser Zustand nicht unter den Völkern Mittel-europas hergestellt ist, anerkennt sie ein Volkshoer mit der ausschließlichen Befugnis der Verteidigung des Landes gegen Angriffe von außen.
3. Die Partei weicht gegen die Verwendung von Soldaten bei Straßenspielen. Da dieser Mißbrauch in den letzten Jahren tatsächlich vorgekommen ist, verlangt sie Garantien gegen dessen Wiederholung. So lange diese Garantien nicht gegeben sind, ist für die Soldaten, wenn diesen befohlen wird, freitretende Arbeiter anzugreifen oder gegen sie die Waffen zu gebrauchen, kein Gehorsam zu verweigern. Die sozialdemokratische Partei wird in solchen Fällen nach Möglichkeit die finanziellen Folgen, die den einzelnen und seine Familie treffen, zu ermitteln suchen und sich zu diesem Zweck mit der gewerkschaftlichen Organisation in Verbindung setzen. Die Partei hält dafür, daß die beste Garantie gegen die Verwendung der Truppen in Straßenspielen in der Verwirklichung ihrer politischen Macht in Gemeinde- und Staat liege.

4. Die Partei verlangt eine auf der allgemeinen Weisung beruhende Organisation des Wehrwesens, die mit den demokratischen Einrichtungen im Einklang steht und der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit nicht widerspricht. Sie verlangt eine Verminderung der Militärausgaben und bekämpft alle Aufwendungen, die nicht unbedingt durch die Zwecke der Landesverteidigung geboten sind.

In Konsequenz dieses Beschlusses wurde dann auch die Gründung einer Widerstandsklasse beschlossen.

Der Parteipräsident schloß den von 260 Delegierten besuchten Parteitag mit dem Wunsch, daß nun in aller Einheit und Einigkeit weiter gearbeitet und der bürgerlichen Gesellschaft gezeigt werde, daß auch der Schlag vom 29. Oktober 1905 (Nationalratswahlen) unsere Partei keineswegs „vernichtet“ habe. Treu und einig vorwärts! —

## Erste Konferenz der sozialistischen Jugend-Organisationen Deutschlands.

Im Anschluß an den badischen Parteitag, über den wir vorstehend berichteten, fand in Karlsruhe die erste Konferenz der sozialistischen jugendlichen Arbeiter Deutschlands statt. Die Konferenz war von Mannheim einberufen und bezweckte einen Verband jugendlicher sozialistischer Arbeiter Deutschlands, ruhend auf zentralistischer Grundlage, herbeizuführen. Delegierte aus Mannheim, Heidelberg, Pforzheim, Offenburg, Freiburg, Fürtt, Wüthheim, Nürnberg, Durland waren anwesend und erstatteten zunächst Bericht über den Stand ihrer Organisationen.

Dann sprach Genosse Dr. Frank-Mannheim über die Gründung einer Jugendorganisation Deutschlands: Das Bedürfnis, Jugendorganisationen zu gründen, ist dem Ersehen entsprungen, die jungen Leute für die Partei und Gemeinschaft heranzuziehen. Zweitens kommen die Jungen zu uns, um ihr allgemeines Bildungsbedürfnis zu befriedigen, und so füllen ihre Jugendvereine die Lücken der rückständigen Volksschulbildung aus. — Redner geht nun auf die ausländischen Organisationen ein. Die Berliner Bewegung mußte infolge des preussischen Vereinsgesetzes eine andere Form annehmen, wie in Süddeutschland. Der Redner schildert nunmehr den Stand der Bewegung in Mannheim.

Aus den verschiedensten Gründen ist eine Zentralisation der Bewegung erforderlich. Dafür sind zwei Möglichkeiten gegeben: entweder muß die Erörterung politischer Fragen ausgeschaltet werden, weil sonst ein Zusammenschluß mit den norddeutschen Genossen unmöglich ist, oder wir verzichten nicht auf diese Bestrebungen und gründen überall dort, wo es möglich ist, Organisationen; wo dies nicht möglich ist, bestimmen wir Vertrauensleute, die allerdings dem Alter nach nicht mehr in die Organisationen gehören würden. Notwendig ist die Schaffung eines Verbandsorgans, das sich in seinem Inhalt dem Vorgehen in der übrigen Art der Agitation anpassen hat. Das Organ soll vorläufig monatlich einmal veröffentlicht werden. Man könnte sich die Frage erheben, ob das Berliner „Die arbeitende Jugend“ nicht genüge; jedoch wir aber die Berliner Bewegung nicht nachahmen wollen, wenn wir von der politischen Propaganda nicht Abstand nehmen wollen, so müssen wir ein eigenes Organ haben. Es ist deshalb über zwei Vorschläge zu entscheiden. Schaffen wir eine Zentralorganisation, und gründen wir ein eigenes Organ?

In der Diskussion vertritt Bundschuh-Offenbach den Standpunkt, daß man mit der Schaffung der Zentralisation noch warten möge, bis der deutsche Parteitag zu der Frage Stellung genommen hat. Der Redner ist der Ansicht, daß vorläufig die Schaffung einer Zentralstelle genüge, der die Agitation und Leitung der Propaganda unserer Ideen obliegen soll. Die Jugendorganisationen sollen der Partei nicht direkt angeschlossen werden, sondern seien zu Kreisorganisationen zusammenzuschließen.

Springer-Heidelberg: In den Jugendorganisationen soll vor allem der theoretische Sozialismus gelebt werden. Die Frage der Organisationsform sollte noch nicht entschieden werden. Das Verbandsorgan könnte eventuell durch die Parteipolportreure verkauft werden.

Reiß-Pforzheim hält Zentralisation und Schaffung eines Organs für gleichzeitig notwendig. Der Pforzheimer Verein geistigt und blickt. Die Gewerkschaften haben ein bedeutendes Interesse an den Jugendorganisationen, weshalb auch von ihnen eine Unterstützung verlangt werden kann.

Als Quintessenz der eingehenden Diskussion wurde der Antrag auf Gründung einer Zentralorganisation gegen die Stimmen der Delegierten von Nürnberg und Offenbach angenommen.

Ein weiterer Antrag, betr. die Gründung einer monatlichen Zeitschrift, welche unter der Redaktion des Genossen Dr. Frank in Mannheim erscheinen und „Die junge Garde“ betitelt werden soll, kam ebenfalls zur einstimmigen Annahme. Sie soll vom 1. April ab erscheinen.

Es ist ja ganz anerkannt, wenn in unserer Bewegung auch etwas für die Jugend getan werden soll. Aber gegen die Organisationen, die da vorge schlagen werden, haben wir doch Bedenken. Die Gründung des Verbandes erscheint uns als verfrüht, und mindestens hätte man abwarten sollen, bis der Parteitag sich mit der Sache befaßt hätte, ehe man solche Vereine gründet und sie in eine Zentralorganisation einleibt. In Preußen ist es übrigens ausgeschlossen, daß Jugendvereine mit politischen Zielen gegründet werden. Sie müssen sich auf die paar Staaten mit besserem Vereinsgesetz beschränken und bleiben infolgedessen beschränkt.

## Gewerkschaftsbewegung.

In der sächsischen Stoffhandels-Jubakrie ist eine Lohnbewegung ausgebrochen. In Betracht kommt namentlich der Bezirk Chemnitz mit etwa 250 Unternehmern. Die Arbeiter verlangen 25 v. H. Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Die Bewilligung dieser Forderungen soll unmöglich sein.

Die Arbeitgeber im Hamburger Saugwerbe beschlossen vom 15. Februar als die Einführung der Streik Klausel für familiäre Ben- und Lieferungsverträge bei Staatsbauten wie Privatbauten. Die Betriebsleiter der Nachbargüter verhalten sich solidarisch. Bei der Einführung der Streik Klausel für Staatsbauten hat doch aber auch der Staat etwas mitzureden, oder sagt er sich willig dem Diktat der Bauherren? —

Zu der Wilhelmshagerer Volkämmerer bei Hamburg ist ein großer Streik ausgebrochen. Es handelt sich hierbei meistens um fremdsprachige Arbeiter, die bisher ein halbes williges Ausbeutungsmaterial abgaben.

Zu der Maschinenfabrik von Gwald in Brichwall sind Differenzen ausgebrochen. Bezug von Metallarbeitern aller Branchen ist fern zu halten.

Eine Leiharbeiter-Aussperrung steht in Walthausen i. E. bevor. Die dortigen Leiharbeiter fordern schon längere Zeit den achtstündigen Arbeitstag und 15 Prozent Lohnerhöhung, die Unternehmer haben teils ablehnend, teils gar nicht auf das Eruchen der Arbeiter geantwortet. Am 7. d. M. haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bau- und Holzindustrie von Frau u. Co. getündigt, weil alle ihre Ansprüche um Verletzung des Arbeitsverhältnisses abgelehnt worden sind. Darauf hat der Fabrikantenverein beschlossen, daß die Arbeiter in ähnlichen Betrieben ausgesperrt werden, falls die Forderung bei Frau u. Co. nicht zurückgegeben wird. Die Arbeiter sind entlassen, ihre Ausrüstung anrechtzuerhalten, die am 21. d. M. abläuft. Für diesen Tag ist also, wenn die Unternehmer ihren Willkür durchführen, die allgemeine Aussperrung aller Leiharbeiter Walthausens zu erwarten. Es wird nicht den Zugang fern zu halten.

Erfolge der Gewerkschaftsbewegung. Nach den vorläufigen Berichten des englischen Arbeitsamts gelang es 204 000 Arbeitern eine

Lohnerhöhung durchzusetzen, die sich insgesamt auf wochentlich 200 000 Mark beläuft. Dagegen trat für 248 000 eine Lohnherabsetzung von 360 000 Mark pro Woche ein, während 120 000 Personen nach einigen Verhandlungen im Laufe des Jahres am Ende besetzten wieder auf dem gleichen Lohnniveau standen, wie bei Beginn. Die Verhandlungen in der Arbeitszeit hatten das Ergebnis einer Verkürzung um 65 000 Stunden pro Woche, und zwar für 92 000 Personen. —

Im Offener Bergbauverein, einer Unternehmerorganisation, der eine große wirtschaftliche Macht zugeschrieben wird, triffelt es. Der Bergmeister Engel, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bergbauvereins und Verfasser der bekannten „Rechtsfertigungsschrift“ der Erbenmagnaten beim Bergarbeiterstreik, ist auf Mehrheitbeschluss des Vorstandes vorläufig vom Amte suspendiert worden. Hierzu erklärt die „Rhein.-Westf. Ztg.“, daß im Vorstand Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden, ob der mit der Geschäftsführung betraute Beamte dem Vorstand angehören sollte oder nicht; die Mehrheit des Vorstandes habe Engel zum Verzicht auf die Vorstandsmitgliedschaft aufgefordert und beschloßen, ihn im Falle der Ablehnung vom Amte zu suspendieren. Die Aufforderung sei abgelehnt worden, und daraufhin sei die Suspendierung erfolgt. Mit diesem Vorgang im Zusammenhang stehe der loeben erfolgte Austritt des Beheimrats Kirdorf aus dem Vorstand und Ausschluß des Bergbauvereins. Wir vermuten, die scharf macherischen Äußerungen der Herren Engel und Kirdorf sind es nicht, die zum Zwiste führten. —

Ein Gewerkschaftshaus in Paris. Die Pariser Syndikale tragen sich mit der Absicht, sich auf eigene Füße zu stellen, das heißt, ein eigenes Gewerkschaftshaus zu gründen. Die Schichten und Verhältnisse, denen die in der „Bourse du Travail“ untergebrachten Arbeiterorganisationen von Magistrat, Polizei und Regierung fortwährend ausgesetzt sind, bilden die Veranlassung zu diesem Entschluß. Vorkünftig hat kürzlich eine Reihe Gewerkschaften die „Bourse du Travail“, zu deren Unterhalt Subventionen aus öffentlichen Mitteln hergegeben werden und in deren Verwaltung deswegen die Behörden auch Einmischungsrechte haben, wegen Streitigkeiten mit den letzteren bereits verlassen. —

## Provinz und Umgegend.

### Schulgesetzentwurf und Landgemeinden.

Der preussische Landgemeindevorstand, der über 1600 Mitglieder umfaßt, hatte zum Sonntag nach dem Schöneberger Rathaus einen Landgemeindevorstand einberufen, um dem Beispiele des Städtetages folgend, die Stellung der Landgemeinden zum preussischen Schulgesetzentwurf festzulegen. Der Einladung waren nur etwa 20 Gemeindevorsteher gefolgt, die allerdings zum Teil mehrere Gemeinden vertraten. Ueber das Thema „Der neue Schulgesetzentwurf“ sprachen Bürgermeister Krenn-Mengenalle und als Korreferent Gemeindevorsteher Volleda-Mlowo (Bezirk Königsberg). Die Ausführungen beider Redner gipfelten in folgender Resolution:

„Der Landgemeindevorstand begrüßt die Einführung des Kommunalprinzips im Schulgesetzentwurf auf das lebhafteste. Er hält eine Trennung der äußeren und inneren Schulangelegenheiten in Ausübung der Verwaltung in den Landgemeinden von weniger als 3000 Einwohnern für zweckmäßig, es sei denn, daß die Verwaltung der inneren Schulfachen nicht Staats-, sondern Gemeindeorganen übertragen wird. Er wünscht die Funktionen der Gemeindeverwaltung (Gemeindeverwaltung) in bezug auf die Kontrollrechte gegenüber den Gemeindeverwaltungen, die der Gemeindevorsteher bzw. der kollegialischen Gemeindevorstände im Gesetz festgelegt zu sehen. Er protestiert dagegen, daß dem Schulvorstand irgendwelche Ueberwachungsrechte der Gemeindeverwaltung gegenüber übertragen werden. Er hegt die Hoffnung, daß der Lokalinspektor nicht kraft Gesetz Vorsitzender des Schulvorstandes werde, sondern daß der Vorsitzende nach Anhörung des Kreisausschusses ernannt werde. Er bietet, in äußeren Schulfachen als Aufsichtsrat die Kommunal-Aufsichtsbehörde und als Genehmigungsbehörde den Kreisausschuß heranzuziehen. Er hält es für notwendig, daß die öffentliche Rechtskontrolle (das Verwaltungsstreitverfahren) in möglichst ausgedehnter Weise im Gesetz zur Geltung kommt. Er erwartet, daß mit der Uebertragung der Volksschulaffen auf die politische Gemeinde diesen durchweg das Lehrerberufungsrecht nicht zugestanden werde. Er glaubt in der Uebernahme gleichmäßiger Grundgehälter der Lehrer (mit Ausschluß der Alterszulage) auf den Kreiskommunaletat das geeignete Mittel zu sehen, das Ungleichheiten in den Schullasten zu steuern vermag. Jedoch spricht er sich gegen die Bildung von Lehrerbildungsklassen aus.“

In der lebhaften Diskussion, die den Referaten folgte, waren die Meinungen geteilt. Während die Mehrheit für die borgesagte Resolution war, stellte sich eine größere Minderheit auf den Standpunkt, daß der Entwurf abzulehnen und der Staat zu eruchen sei, die Verwaltung der Volksschulen ganz zu übernehmen, aber auch die Kosten dafür zu tragen, also Verstaatlichung der Volksschule. Da von der Minderheit der Entwurf der Verfassungsmäßigkeit erhoben wurde, konnte über die Resolution noch nicht abgestimmt werden; das soll in einer neuen Versammlung geschehen. Zum Vorsitzenden des Landgemeindevorstandes wurde Reichstagsabgeordneter, Gemeindevorsteher und Oberamtmann Kottler-Sagen gewählt. —

Wiederitz, 14. Februar. (Die Arbeit niedergelegt) haben am Dienstag mittag sämtliche 14 auf der dem Maurermeister Behrend gehörigen Ziegelei auf dem Cracauer Unger beschäftigten Arbeiter. Die Arbeiter verlangen einen Stundenlohn von 30 Pfg., was ihnen abgeschlagen wurde. Bisher erhielten sie 20 Pfg. Stundenlohn. Leider haben heute, am Mittwoch, morgen bereits 9 Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Durch solch unvolldarische Gaudeln wird natürlich ein Erfolg für die Arbeiter schwer zu erringen sein. —

Wiederitz, 13. Februar. (Seinen Verletzungen erlegen) ist der Arbeiter Otto Hoff, der am 8. Februar auf dem Bau des Unternehmers Lindau verunglückte. Seine Frau und ein Kind betrauert den Verlust ihres Ernährers. Wie uns noch nachträglich mitgeteilt wird, wurde der Verunglückte mittels Adernagen auf Strohh gebettet auf dem total zerfahrenen Wege dem Cracauer Stift zugeführt. Vieß sich denn gar kein geeigneteres Transportmittel — wir denken an einen Krankenwagen — aufbringen? —

Wiederitz, 13. Februar. (Unfall.) Am Montag nachmittag stürzte der bei der städtischen Gartenbauverwaltung in Magdeburg beschäftigte Arbeiter Friedrich Schäfer aus Wiederitz beim Beschneiden einer Pappel auf die Straße. Er mußte mittels eines Wagens in seine Wohnung gebracht werden. —

Cracau, 13. Februar. (Cracauer Mißstände.) Einen besonders unruhigen vieler Cracauer Steuerzahler zufolge seien hier einmal einige örtliche Uebelstände beleuchtet. So ist seit ungefähr acht Tagen das Trottoir der Friedrichstraße in solch erbärmlichem Zustande, daß Passanten die schwersten Unfälle erleiden können. Das hat darin seine Ursache, daß vor verschiedenen Häusern Bäume eingepflanzt und die herausgenommenen Steine einfach an die Wand auf das Trottoir gelegt worden sind und damit der Fußweg verperst wurde. Will man dem Steinhaufen ausweichen, so kommt man in Gefahr, in die bei den Häusern aufstehenden Böcher hinabzurutschen; dies um so eher, als bei Mondschein die Straßenlaternen nicht angezündet werden. Sollte es denn der Ortsbehörde nicht möglich sein, wenn auch gelinder Frost in den letzten Tagen herrschte, dafür zu sorgen, daß wenigstens die Böcher mit den dazu gehörigen Steinen wieder ausgefüllt würden? Bei einem ev. Unfälle könnte die Nachlässigkeit der Gemeinde doch teuer zu stehen kommen, als bei etwas schneller Beseitigung des Uebels. —

Klein-Otterleben, 14. Februar. (Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins.) In der ersten Mitglieder-versammlung am 10. Februar im Schützenhof gab der Vorsitzende



den Jahresbericht; er meinte, daß man mit dem Ergebnis des Jahres wohl zufrieden sein könne. Die Mitgliederzahl sei bereits über hundert, doch diese man nicht ruhen und rasten, bis der letzte Mann sich der Organisation angeschlossen habe. Am 18. März soll eine Kassenagitation im Orte vorgenommen werden. Der Kassier gab den Kassenbericht. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit bestätigt hatten, wurde dem Kassier die Rechnung erteilt. Zur Gemeindevertreterwahl wurde dann Stellung genommen, es wurden als Kandidaten der Gewerbevereine auf 6 Jahre, der Gewerbevereine auf 2 Jahre aufgestellt. Der Tag der Wahl wird demnächst bekannt gegeben, sorgen wir dafür, daß unsere Kandidaten zum Siege kommen. Unter „Verkleben“ gab der Vorsitzende bekannt, daß in nächster Zeit ein Streikwaggon-Abend stattfinden. Die Parteigenossen müßten schon jetzt agilitieren, daß es ein volles Haus gebe. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden wurde die interessante Versammlung geschlossen.

**Salbte, 13. Februar.** (Die nächste Gemeindevertreter-Sitzung) findet statt am Donnerstag den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof zum Landhaus. Die Tagesordnung umfaßt acht wichtige Punkte. Jeder Kommunalwähler hat das Recht, die Sitzungen zu besuchen.

**Wahlerversammlung, 13. Februar.** (Wahlerversammlung.) Am Sonntag fand in Salbte bei Ködel („Kaiserhalle“) eine Wahlerversammlung für unsere beiden Orte statt. Arbeitersekretär Weimö-Magdeburg hielt einen 1 1/2 stündigen Vortrag über „Gemeindepolitik“, in welchem er deren Bedeutung für die Arbeiter den Versammlungsbefindlichen, etwa 120 an Zahl, vor Augen führte. Reichert Beifall lohnte den Redner. Dann gab der Gemeindevertreter von Salbte, Lagerhaller Hahn, Bericht über die Gemeindeangelegenheiten und stellte in schonungsloser Weise die Mißstände auf, zu deren Beseitigung vor allen Dingen Hand angelegt werden müsse. Es wurde darauf zur Wahl von zwei Kandidaten geschritten. Die Versammlung nahm dann die Wahl der beiden örtlichen Wahlkomitees, bestehend aus je fünf Personen, vor. Nach einer kräftigen Aufforderung zur Agitation wurde die interessante Versammlung geschlossen.

**Arendsee, 14. Februar.** (gustaf nagels Eheglück.) Die Frau des altmärkischen Naturapostels, die seit kurzem wieder hier wohnt, hat nun der Stadt wieder den Rücken gekehrt, weil ihr Mann sich entschließen weigerte, sie wieder zu sich zu nehmen. Sie hatte sich mehrere Monate bei einem dortigen Arbeiter eingemietet. Sie empfing während dieser Zeit Unterhaltungen aus der Kammereckasse, zu welchem Zweck ein Betrag von gustaf nagel für sie hinterlegt worden war.

**Mischerleben, 14. Februar.** (Ueber einen Mordver- such) berichtet der hiesige „Anzeiger“: Montagabend hat der Maurer Wilhelm Stodmann von hier gegen den Chemiker Herrn Lorenz einen Mordversuch verübt. St. stand seit längerer Zeit in der Chlorkalkfabrik im Lohn des Maurermeisters Walte in Arbeit. Er war fortgesetzt angekränkt und wurde gesteuert auf Wunsch der übrigen Arbeiter durch Herrn Lorenz aus der Fabrik gewiesen. Am Nachmittage äußerte St. gegen mehrere Personen, er werde den L. tödlichen. Am Abend gegen 7 Uhr verlangte er Einlaß in die Wohnung des Herrn Lorenz und mußte von diesem nach wiederholter erfolgloser Aufforderung, sich zu entfernen, von dem Grundstück geschoben werden. Vor der Tür gab Stodmann plötzlich einen Revolverknall auf L. ab und traf ihn in die rechte Brustgegend. Ein zweiter Schuß ging fehl und die Kugel kreuzte einen des Weges kommenden Herrn. Stodmann ließ dann davon, wurde aber bald darauf polizeilich festgenommen. Die Verletzung des Herrn Lorenz ist glücklicherweise nur eine leichte, da die Kugel einen starken Leberzieher und mehrere Kleidungsstücke durchschlagen mußte.

**Salbte a. S., 13. Februar.** (Eine Protestversammlung) tagte hier am 10. d. M. mit der Tagesordnung „Preußenrechte und die politischen Maßregeln am 21. Januar“. Der Referent, Genosse Hölzle, führte unter dem Beifall der Anwesenden eine scharfe Kritik an den Polizeimaßregeln. Ebenfalls rügte er das Verhalten der freiwilligen Feuerweh, welche nach den Lokalblättern in Bereitschaft gestanden hätte, um die ergriffenen Gemüter abzuwehren. Diese Nachricht sei bisher nicht demontiert worden. Trotz Einladung war zu der Versammlung nur ein Mitglied der freiwilligen Feuerweh erschienen. Dieses gab eine Erklärung ab, daß er persönlich nichts davon gewußt habe, aber in Erfahrung gebracht hätte, daß der Vorstand und einige Mitglieder nach dem Rathaus beordert worden seien. Einer von diesen wäre nicht einverstanden gewesen, worauf er habe abtreten müssen, während die anderen bleiben durften. Nach einer Aufforderung zu festem Zusammenhalt in den Gewerkschaften und im Sozialdemokratischen Verein und die Arbeiterzeitung, die „Volksstimme“, zu lesen, wurde folgende aus der Mitte der Versammlung eingeleitete Resolution einstimmig angenommen: „Die von der hiesigen Polizeibehörde am 21. Januar anlässlich der Abhaltung einer Protestversammlung gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht getroffenen Maßnahmen sind die unmittelbare Verletzung der heiligen Versammlung, die ihre Meinung über die Polizeipraxis in dieser Weise kundtut: Die Polizei ist gedacht als eine Institution, die für Ruhe und Ordnung zu sorgen und als Hülfsmittel der Verwaltung und Justizbehörden zu wirken hat. Sie soll über den Parteien stehen und jeden Staatsbürger mit gleichem Rechte messen, sei er Kommerzienrat oder Arbeiter, Nationalist oder Sozialdemokrat. Wie die hiesige Polizeibehörde ihrer Aufgabe gerecht wird, haben die Tatsachen zur Genüge gezeigt. Die Versammlung fordert von der Polizei, daß sie die Arbeiter, die die meisten Lasten in der Kommune und im Staate tragen, als gleichberechtigte Bürger andern Klassen gegenüber betrachtet, und in Zukunft danach handelt.“ Ein maliziös veranlagter Genosse stellte den Antrag, beim Magistrat anzufordern, aus welchen Mitteln die Revolver und Munition angeschafft seien. Der Antrag wurde jedoch mit der Begründung, daß den Arbeitern im Landtag und im Stadtparlament jegliche Vertretung fehle, abgelehnt.

**Deffau, 10. Februar.** (Der rote Sonntag) spielte auch in der letzten Gemeindefestung eine Rolle. Genosse Deit interpellierte über die Gründe, aus welchen bei der Gewerbegerichtswahl die städtischen Arbeiter ausgeschlossen worden sind, und ferner, weshalb die am 22. Januar abgehaltene sozialdemokratische Versammlung, in welcher über die russische Revolution Vorträge gehalten wurden, von mehr als zwei Polizeibeamten (dies ist die gesetzliche Höchstzahl) überwacht worden sei. Oberbürgermeister Dr. Schein erwiderte bezüglich der ersten Frage, daß die städtischen Arbeiter nicht unter das Gewerbegericht fallen, weil Deffau auf Gewinn gerichtete Betriebe überhaupt nicht besitzt. Betreffs der Überwachung der Versammlung erklärte er, es seien tatsächlich nicht mehr als zwei Polizeibeamte und zwei Magistratsbeamten, die den Bürgermeister bei eventuellen „Aufstrebungen“ benachrichtigen sollten, im Lokal anwesend gewesen, und die Postierung mehrerer Schutzleute auf der Straße sei bei der ganzen Sachlage vollst. gerechtfertigt gewesen. Eine nennenswerte Diskussion wurde durch die Interpellation nicht hervorgerufen.

**Salbte, 13. Februar.** (Die heutige Stadtverordneten-Sitzung) war eine außerordentliche und hatte im Gefolge, daß man vergessen hatte, den Saal zu heizen. Es war fast unmöglich, zu tagen. Aber das Interesse für die Stadt ließ wohl alles überwinden. Die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder nahmen mit Hut und Leberzieher betheilt auf ihren Sigen Platz, um trotz allem die Tagesordnung mit ihren 23 Punkten zu erledigen. Ein Outes sprach über dabei heraus: man redete nicht viel! Da im Protokoll von voriger Sitzung über die Entlassung der 12 städtischen Arbeiter vermerkt war, daß die Stadtverordneten nach den Erklärungen des Ersten Bürgermeisters und des Kassierers mit dem Vorgehen einverstanden waren, erklärte Stadtv. Dr. Cronh, daß die Fassung des Protokolls nicht korrekt sei. Er wünschte, daß darin festgelegt würde, daß er und Gerlach dagegen waren. Der Schriftführer, Stadtv. H. n. e. r. d. e. r., verpöcht, dies nach dem Sinne des Stadtv. Cronh bewirken zu wollen. Der Vorsitzende, Geheimrat Dr. F. i. n. d. e., machte einige Richtigstellungen zum Etat der städtischen Badeanstalt. Man habe in voriger Sitzung kein schönes Bild über die Badeanstalt gesehen können. Es sei aber bei der Zeit der Bäder ein Zerium unrunder. Im großen und ganzen könne man mit der Entwicklung schon zufrieden sein. Der Kenner August Latte hat dem Magistrat ein Vermächtnis von 600 Mark überlassen. Dieses Kapital soll so lange ruhen, bis es die Höhe von 1200 Mark erreicht hat. Nach 20 Jahren sollen dann die

Jinsen dazu verwendet werden, die Gräber des Erblassers zu erhalten und der verbleibende Rest als Stipendium, an zwei der besten Schüler der Mittelschule gezahlt werden. Man war sich über die Annahme nicht recht einig, weil die Bestimmungen gar zu sehr verknäuelert waren. Nach den Vorschlägen des Justizrats Öbdeke nahm man schließlich die Stiftung mit gemischten Gefühlen an. Es wurden bewilligt zur Herstellung des nördlichen Bürgersteigs der Poststraße 4300 Mark, für die Kanalisation der Wisnardsstraße zwischen Seban- und Hofenzollernstraße 2300 Mark, für die Kanalisation der Fietzstraße 5500 Mark. Hierbei hebt Stadtv. Gerlach hervor, daß es unbedingt nötig sei, diese Straße zu pflastern, weil sie sich in äußerst schlechtem Zustand befindet. Stadtv. Dr. H. l. e. r. verpöcht Mühselig zu schaffen, doch könne an eine Pflasterung vorläufig nicht gedacht werden, weil noch verschiedene Schwierigkeiten zu überwinden seien. Nun folgen 18 Abrechnungen über Auslagen von elektrischen Kabeln, Zustandsberichten und sonstigen Anschaffungen, die Betriebsabrechnungen des Elektrizitätswerks für 1903 und 1904, vom Leihhaus, von der Allgemeinen Kanalisation usw. Bei sämtlichen wurde die Entlastung erteilt. Eine ziemlich lange Diskussion entspann sich über die Abrechnung der Allgemeinen Kanalisation. Man höre und laune: Nach nunmehr 10 Jahren konnte endlich über das Riesenschiff der Kanalisation, wobei 1 201 540,97 Mark veranschlagt waren, Abrechnung gelegt werden. Stadtv. Lehmann berichtet darüber. Es sei einzelnen Beamten mit viel Mühe und Zeitaufwendung gelungen, die Abrechnung, welche einer Riesenschlange gleich, so weit sie heute vorgelegt werden könne. Die Abrechnung sei sehr mangelhaft; über vieles fehlten Quittungen. Differenzen seien gar nicht mehr auszuföhren. Seit Monaten habe er die Abrechnung zur Prüfung; auch ihm sei es nicht gelungen, eine Klarstellung zu ermöglichen. Die ganze Sache sei unkontrollierbar und würde auch niemals getätigt werden können. Es sei tief bedauerlich, daß bei einem solch großen Unternehmen die eingehende Kontrolle gefehlt habe. Man sei leider gezwungen, die Entlastung zu erteilen, damit die Riesenschlange beseitigt werden könne. Stadtv. Dr. Weidling meint, es habe nicht den guten Ruf der Stadt und sei kaum zu glauben, daß derartige in einer städtischen Verwaltung vorkommen könne. Geheimrat Dr. F. i. n. d. e.: Es ist ganz unzulässig und unstatthaft, daß man Abrechnungen solange hinauschiebt. Mehr Jahre sind darüber vergangen; wer soll da noch eine Kontrolle ausüben können. Erster Bürgermeister Dr. Gerhardt: In Zukunft kann derartige nicht mehr vorkommen. Die Rechnungslegungen müssen möglichst präzise erfolgen. Aber in unserer Kalkulation ist manches mangelhaft. Dort müssen in nächster Zeit wesentliche Verbesserungen getroffen werden, worauf ich mit großer Sorgfalt sehen werde. Stadtv. Cronh: Daran hat es nicht gelegen, es ist vielmehr dem starken Wechsel der verantwortlichen Personen zuzuschreiben. Wir haben die Gehälter erhöht und dann haben sich die Herren verhalten lassen. Es ist traurig, daß wir hier etwas gutgehen sollen, von dem wir wissen, daß es nicht stimmt. Wo bleibt da unsere Verantwortung? Stadtv. K. o. t. h. e.: Wir sind wieder um eine Erlösung reicher und um unser Geld leichter. Auch liegt heute noch nicht die Bauabrechnung vom Elektrizitätswerk vor, obgleich das Werk nun schon seit 3 Jahren im Betriebe ist. Dieselbe soll aber, wie in der Sitzung mitgeteilt wurde, im März vorgelegt werden. Direktor Humann gab die Erklärung ab, daß an ihm die Schuld nicht liege; er habe die Bauabrechnung im Juli v. J. auf dem Rathaus abgegeben. Wo sie gegenwärtig sich befindet, wisse er nicht. Zum Schluß teilt der Erste Bürgermeister Dr. Gerhardt noch mit, daß der Provinziallandtag zum Renovierungsplan der Paulskirche 10 000 Mark bewilligt habe. Im übrigen sei die ganze Angelegenheit der Paulskirche noch nicht geklärt.

**Salbte, 13. Februar.** (Aus Furcht vor Strafe) hat sich gestern ein Unteroffizier von der 2. Komp. des 27. Infanterieregiments durch Erhängen das Leben genommen. Es war Anzeige gegen ihn erstattet, weil er einen Soldaten mißhandelt hatte.

**Barth, 14. Februar.** (Wenn sich Arbeiter vereinigen.) dann bemüht sich unser Gegner immer eine nervöse Angst und sie legen alle Hebel in Bewegung, den Arbeitervereinen das Wasser abzugablen. So auch hier, wo sich kürzlich ein Arbeiterverein gründete. Den Arbeitern der Gutverwaltung wurde mit Entlassung droht, wenn sie dem Verein beitreten würden. Es wurde dafür gefordert, daß sie Mitglieder des Handwerkerturnvereins werden könnten, der sonst solche „gewöhnlichen“ Arbeiter nicht aufnimmt. So ging es auch mit den Leuten, die auf der Biegelei beschäftigt sind. Dort wird auch allwöchentlich mit Entlassung gedroht, wenn die Arbeiter dem Turnverein und dem roten Verband nicht den Rücken kehren. Es ist dort aber auch schon die Bemerkung gefallen, wenn die Arbeiter erst alle drin wären, dann ließe sich nichts mehr machen! Wir empfehlen den Arbeitern das Wort bringen zur Beachtung. Unangenehm ist es unsern Gegnern auch, daß die Sozialdemokraten ein Lokal haben. Bis jetzt haben sie uns aber noch nichts schaden können. Im Gegenteil! Die Arbeiter von Barth mögen sich aber noch immer mehr zusammen schließen, denn Einigkeit führt zum Ziel. Auswärtige Ausflügler seien darauf aufmerksam gemacht, nur im Hildebrandtschen Lokal, dem Parteilokal, einzutreten.

**Wernigerode, 13. Februar.** (Das hiesige Gewerkschaftskartell) veranstaltete am Montag nachmittags im „Volksgarten“ eine Versammlung mit einem wissenschaftlichen Vortrag des Genossen A. Müller aus Einbeck über „Die Mitarbeit der Frau im Kampf um die Gesundheit“. Großer Beifall wurde dem Vortragenden zuteil. Leider war dieser, durch lebensgroße Bilder erläuterte, lehrreiche Vortrag nur schwach besucht. Es ist wünschenswert, daß derartige Veranstaltungen in Zukunft seitens der Arbeiterchaft sich eines besseren Besinns erfreuen, damit auch auf diesem Gebiete mehr getan werden kann. Auch ist es weit wichtiger und der Sache dienlicher, wenn nicht zu gleicher Zeit noch mehrere Sitzungen und kleinere Versammlungen tagen.

## Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 13. Februar 1906.

**Diebstahl.** Paul Sichelmann zu Men, geboren 1893, Hieg im Dezember 1905 in den Gärten des Invaliden Hamann und stahl einen dort verpackten Weizenstreu, den er dann nach Hauje schaffte. Der Angeklagte erhielt wegen schweren Diebstahls 1 Tag Gefängnis.

**Diebstahl und Unterschlagung.** Der schon öfter mit Gefängnis und Zuchthaus schwer bestrafte Kaufmann Julius Koch hier, geboren 1867, war bei der Firma Marie Gähler als Buchhalter und Kassierer angestellt. Am 11. Dezember 1905 fertigte er fälschlich eine Anweisung an und erlosb darauf von einer mit seinem Prinzipal in Geschäftsverbindung stehenden Firma 9000 Mark. Davon überließ Koch seiner ebenfalls schon öfter bestrafte Ehefrau, Margarete geb. Virchow, geboren 1878, 3000 Mark und verschwand mit den übrigen 6000 Mark auf der Reise über Berlin nach Brüssel und dort will er das ganze Geld bis zum 3. Januar d. J. verprakt haben. Er kehrte dann zurück und stellte sich freiwillig bei der Polizei. Die Frau Koch gab die 3000 Mark einem Geschäftsführer in Verwahrung und wollte später in der Not davon leben. Der Betrag wurde der geschädigten Firma wieder zugeföhrt. Die Kammer verurteilte den Ehe Mann Koch wegen schwerer Unterschlagung und Diebstahls zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust; die Ehefrau Koch wegen Hehlerei zu 3 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft.

**Wegen öffentlicher Beleidigung des Amtsdieners** wurde der Gastwirt Julius Hildebrandt zu Paretz, geboren 1878, vom Schöffengericht in Genßin am 18. Dezember 1905 zu 25 Mark Geldstrafe od. 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Die vom Angeklagten eingelegte Berufung wurde zurückgenommen.

**Ruppel.** Die vorbestrafte verheiratete Wilhelmine Rangelndorf, geb. Fölich, hier, geboren 1862, erhielt vom Schöffengericht am 8. Dezember 1905 wegen Ruppel 2 Monate Gefängnis. Die eingelegte Berufung wurde verworfen.

Gericht am 8. Dezember 1905 wegen Ruppel 2 Monate Gefängnis. Die eingelegte Berufung wurde verworfen.

## Gewerbegericht Magdeburg, 2. Kammer.

Sitzung vom 12. Februar 1906.

Vorsitzender: Stadtrat L. b. b. e. d. e. n. s. Beisitzer: Brauereiarbeiter K. l. e. m. m. e. und Wirtshausbesitzer S. h. u. l. z., Arbeiternehmer; Protokrist K. a. h. l. e. und Restaurateur S. c. h. r. o. d. e. r., Urbeisitzer.

**Kann ein festgesetzter Lohn ohne Zustimmung des Arbeiters geändert werden?** Ueber diese Frage hatte das Gewerbegericht in der Klagesache des Arbeiters Fischer gegen die Budauer Maschinenfabrik zu entscheiden. Der Klager tag folgender Tatbestand zugrunde. Fischer, der Klager, ist vom Oberingenieur der Maschinenfabrik Budau für einen Stundenlohn von 35 Bfg. in Arbeit genommen, hat auch bei der ersten Zahlung den Lohnsatz angezählt erhalten, für die übrige Zeit bis zu seiner Entlassung sind ihm aber erst 185 Stunden nur 32 Bfg. Lohn pro Stunde ausgezahlt worden. Er beantragt nun, daß ihm die 3 Bfg. nachgezahlt werden. Außer diesen 4,05 Mark verlangt Klager 4,20 Mark Entschädigung dafür, daß ihm seine Entlassung nicht nach Vereinbarung der Schicht, sondern erst bei Beginn der nächsten Schicht mitgeteilt ist. Die Paplere hat Klager durch eigenes Verschulden erst am nächsten Tage erhalten. Der Vertreter der Beklagten, Grassow, will sich auf einen Vergleich nicht einlassen, da er der Ansicht ist, daß die Mitteilung des Meisters an den Klager, er bekomme nur 32 Bfg. Stundenlohn, maßgebend sein müsse, ganz gleich, ob Klager damit einverstanden war oder nicht. Auch habe Klager nicht als Zuschläger, sondern als Hilfsarbeiter Beschäftigung gehabt. Das Gewerbegericht erkennt für Recht, daß dem Klager der versprochene Lohn auszusahlen ist, auch dann, wenn derselbe nicht zu der Arbeit verwandt wurde, zu der er angenommen war. Bezüglich der weiteren Klage um 4,20 Mark Entschädigung wird Klager abgewiesen; die Kosten werden beiden Parteien zu gleichen Teilen aufgelegt. Das Gewerbegericht nahm bei der Entschädigungsklage den unerklärlichen Standpunkt ein, daß Arbeiter, die keine Kündigung haben, jederzeit ohne Entschädigung entlassen werden können. In analogen Fällen waren die Entscheidungen anders und wurden damit begründet, daß Arbeiter ohne Kündigung nur am Schluß des Arbeitsjahres, nicht aber zu Beginn desselben entlassen werden können, andernfalls der Arbeitgeber einen Tagelohn als Entschädigung zu zahlen habe; ausgenommen davon waren Fälle, in denen durch großes Verschulden des Arbeiters die sofortige Entlassung geboten war oder gar kein festes Arbeitsverhältnis bestand.

**Ein neuer Unternehmer-Trick.** Die Arbeiter in der Fabrik des Herrn Besehoren genießen den Vorzug, der bequemen Abrechnung halber in Wochenlohn zu arbeiten; doch ist ihnen der volle Wochenlohn nur dann gezahlt worden, wenn keine Feiertage in die Wochentage fielen. Mehrere Arbeiter hatten nun vor dem Gewerbegericht ihre Forderung zwecks Bezahlung der Feiertage mit Erfolg zur Geltung gebracht, so daß die Firma durch ihren Vertreter, um die Kosten des Verfahrens zu sparen, die Forderungen anerkennen ließ. Um nun weiteren ähnlichen Ansprüchen zu entgehen, mußten die Arbeiter einen Revers unterschreiben, wonach sie für die gesetzlichen Feiertage keinen Lohnanspruch haben. Wer nicht unterschrieb, wurde entlassen, konnte aber auch dann nur seinen Restlohn erhalten, wenn er ein weiteres Schriftstück unterschrieb, wonach er an die Firma Besehoren keine Forderung mehr habe, damit meint die Firma ihren Arbeitern die weiter zurückliegenden Forderungen vorenthalten zu können. Der Arbeiter Wählenkamp für seine Tochter und der Arbeiter Fühmann wollen sich das nicht gefallen lassen und haben noch die Genehmigung, daß ihre Forderung, von den Weihnachtstagen datierend, vom Vertreter der Beklagten anerkannt werden, womit wohl die Praktiken der Firma gebührend gekennzeichnet sind.

**Der dankbare Arbeitgeber.** Der Buchbinder Meyer war bei der Firma Friebe als Buchbinder-Buchbinder nach der eigenen Angabe des Beklagten als erster Buchbinder seit 1882, also 23 Jahre beschäftigt. Trotzdem weigert sich Beklagter, dem Klager ein Zeugnis über Leistung und Führung auszustellen, so daß Klager erst das Gewerbegericht anrufen muß. Selbst den ganz gemüthlichen Entlassungsschein hat Klager nicht mit seiner Namensunterschrift, sondern nur mit dem Firmenstempel versehen. Beklagter begründet sein Verhalten damit, daß Klager ihn vor Weihnachten mitten in der Arbeit im Stich gelassen habe. Auch soll Klager faul gewesen sein. Beklagtem wird aber vorgehalten, daß Klager doch wohl zu gebrauchen war, denn sonst hätte er denselben doch nicht über 23 Jahre beschäftigt. Aus dem Grunde müsse er auch das verlangte Zeugnis ausstellen. Nach langen, zum Teil heftigen Auseinandersetzungen erklärt sich Beklagter schließlich bereit, das Verlangen des Klagers zu erfüllen, doch will er auch dieses Zeugnis nicht mit seiner Unterschrift, sondern nur mit dem Firmenstempel versehen, weil dies nach seiner Ansicht ganz gleich ist. Ihm wird aber bedeutet, daß seine Unterschrift erforderlich ist. So wird die 23jährige Pflichterfüllung eines Arbeiters belohnt!

**Kammerfrau und Prinzessin.** Die bekannte Sache der ehemaligen Kammerfrau der verstorbenen Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein, unberechtigter Anna Johanna Milewski, kam am Dienstag vor der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts II erneut zur Verhandlung. Der erste Termin fand am 27. September 1904 statt. Damals wurde die Verhandlung vertagt und beschloffen, dem Antrage der Angeklagten auf Vernehmung des Herzogs Ernst Günther und eines in Algier wohnenden Zeugen stattzugeben. Die Angeklagte wurde damals in Untersuchungshaft genommen, auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses aber nach kurzer Zeit wieder entlassen. Es sind etwa 25 Zeugen gesaden. Nach Aufruf der Zeugen und Sachverständigen nimmt der Staatsanwalt das Wort: Gestern Abend ist in einigen Zeitungen eine Mitteilung erschienen, des Inhalts, daß das Strafverfahren inhaftlich erledigt sei durch einen Vergleich zwischen der Angeklagten und dem Herzog Ernst Günther, der die Schmuckfachen betreffe, von denen ein Teil an die Angeklagte herausgegeben worden sei. Dies ist unrichtig. Ich will dazu hier folgendes bemerken: Tatsache ist, daß der Vergleichsverhandlungen in Hildesheim vor der Angeklagten nicht vom Herzog Ernst Günther — angeblich worden sind. Der Herzog ist auf solche Verhandlungen eingegangen. Es ist nicht meines Amtes, die Motive des Herzogs hier näher darzulegen, jedenfalls kann festgestellt werden, daß der Herzog dies nicht etwa deshalb getan hat, weil er glaubte, daß die Angeklagte irgendwelche berechtigten Ansprüche habe. Zu den Vergleichsverhandlungen, die geschlichtet sind, handelt es sich nur um Gelder, die Schmuckfachen sind ausdrücklich ausgeschlossen worden. Angekl. Milewski: Im Anschluß an diese Erklärung des Staatsanwalts lehne ich den ganzen Gerichtshof als heftig an. Der Gerichtshof hat, wie ich erfahren habe, schon vor längerer Zeit das Urteil gegen mich gefällt, und zwar soll ich demnach zu einem Jahr Gefängnis verurteilt werden. Wie mir mein Rechtsanwalt Gräbe mitgeteilt hat, hat Herzog Ernst Günther mir sagen lassen, daß, wenn ich den mir nur von ihm (nicht von mir) angebotenen Vergleich nicht annähme, ich zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt werden würde. Das habe ich (dem Herzog) der Richter, mit dem er gesprochen, gesagt. Präsi.: Sie sind sich doch klar, daß der Antrag eine Verurteilung zur Folge haben muß? Angekl.: Es kann vielleicht doch verhandelt werden. Präsi.: Das geht doch nicht, wenn ein Antrag auf Verurteilung des Gerichtshofs vorliegt. Angekl.: Herr Rechtsanwalt Gräbe wohnt in der Potsdamerstraße und könnte doch bald vernommen werden. Ich muß aber auch den Staatsanwalt Schweigler ablehnen. Präsi.: Das ist unzulässig. Angekl.: Der Staatsanwalt hat... Präsi. (unterbrochen): Das ist unzulässig; ich kann Ihnen dazu das Wort nicht geben. Der Gerichtshof beschließt mit Rücksicht auf den vorliegenden Ablehnungsantrag, den Termin zu vertagen. Das Wolffsche Telegraphenbureau ist zu der Erklärung ermächtigt, daß der Herzog zu Schleswig-Holstein keinerlei Beziehungen irgendwelcher Art zu den Richtern in der Strafkammer Milewska gehabt hat, und daß diese Herren dem Herzog gänzlich unbekannt sind. (In der „Politischen Arbeiter-Zeitung“ finden unter dieser Bezeichnung der Angelegenheit. Red.)



Marktberichte.

Magdeburg, 13. Februar. (Amliche Rollenungen.) Die Rollenungen verstehen sich für 1000 Rilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen unverändert, englischer, gut 168-171, mittel 160-166, gering 152-158, do. Sommergut 170-178, mittel 162 bis 170, do. Kolben Sommergut 175-180, do. Rauh, gut 164 bis 169, do. ausländischer gut 188-192. Roggen ruhig, inländischer gut 164-167, mittel 157-163, ausländischer gut 172-174. Gerste ruhig, hiesige Ehevalter gut 170-180, mittel 160-169, Landgut 158-166, ausländ. Futtergerste gut 132-139. Hafer fest, inländischer, gut 166-172, mittel 155-163, ausländ. gut 156-170. Mais unverändert, runder gut 134-136, amerikan. dünner gut 123-125. Erbsen unverändert, hiesige Viktoria, gut 180-195, mittel 160-175, do. grüne Folger, gut 190-200 mittel 170-185.

Viehmarkt.

Magdeburg, 13. Februar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb: 294 Rinder, 306 Mäher, 135 Schafvieh etc., 1078 Schweine. Verkauf für 100 Pf. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 38-40 Mark, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 35-37 Mark, c) mäßig genährte junge und ältere 32-34 Mark, d) gering genährte jeden Alters 30-31 Mark. Küllen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren 36-39, b) vollfleischige jüngere 33-35, c) mäßig genährte jüngere und ältere 30-32 Mark, d) gering ge-

nährte jüngere und ältere 27-29 Mark. Ferkeln und Käbe: a) vollfleischige, ausgemästete Ferkeln höchsten Schlachtwertes 40-42 Mark, b) vollfleischige Käbe bis zu 7 Jahren 30-32 Mark, c) ältere ausgemästete Käbe und wenig gut entwickelte jüngere Käbe und Ferkeln 27-29 Mark, d) mäßig genährte Käbe und Ferkeln 24-26 Mark, e) gering genährte Käbe und Ferkeln 19-23 Mark. Ferkel: a) beste Mast 60-55 Mark, b) mittlere 42-48 Mark, c) geringe Saugkühe 38-40 Mark, d) ältere, gering genährte (Fresser) 26-33 Mark. Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 35-38 Mark, b) ältere Mastlamm 32-34 Mark, c) mäßig genährte 28-32 Mark. Schweine: a) vollfleischige (Lara) 78 Mark, b) fleischige 75-77 Mark, c) gering entwickelte 70-74 Mark, d) Saunen 68-74 Mark. Verkauf und Tendenz mittelmäßig. Lieberstand: 85 Rinder, 20 Mäher, 9 Schafe, 23 Schweine.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Jungsungau, Saun, Budweis, Prag, Dessau, Mulde) and date (11. Febr., 12. Febr.).

Ausfuhr und Einfuhr.

Table with columns for location (e.g., Straußfurt, Weiskens Untp., Trotha, Alleben, Bernburg, Calbe Oberpegel, Calbe Unterpegel) and date (12. Febr., 13. Febr.).

Nutzen Sie jeden Vorteil aus!

Es kommt in diesen Tagen zu ganz billigen Preisen zum Verkauf: Eine große Sendung Herren-Anzüge in neuester Ausmusterung, beste Qualitäten, von 8.75 Mark an.

Ein Posten Konfirmanden-Anzüge nur vorzügliche Qualitäten, guter Sitz, ganz außerordentlich billig.

Reizende Knaben-Anzüge von 2.00 Mark an. Kellner-Hosen mit Gefäßtasche 3.75 Mark. Arbeiter-Garderobe enorm billig.

Ein großer Posten Gardinen weiß und creme, herrliche Muster, Fenster von 1.50 Mark an.

Kostümröcke und Blusen wunderschöne Formen und Muster spottbillig.

Ein Posten Jacketts für Konfirmandinnen per Stück 3.75 Mark, Wert das Doppelte.

Weiße Unterröcke - Farbige Unterröcke fabelhaft billig.

Gelegenheitskauf-Geschäft Adolph Michaelis Reichswegplatz 1, Eingang Apfelstr., 1. Etr.

Littauer Schnellnäher

machen in der Minute angehend 2000 Stiche, nähren vor- u. rückwärts, und sind die vollkommensten und leistungs-fähigsten Nähmaschinen der Gegenwart.

Außerdem empfehle: vor- u. rückwärtsnähende Schwing-schiff-, Zentur-Bobbin-, Kling-schiff-, Schuhmacher-Maschinen (deutsche Langschiff 50 Mark) u. Wasch-maschinen. - Ohne Anzahlung wöchentlich 1 Mark Anzahlung. Bei Barzahlung hoher Rabatt.

Nähmaschinen-Spezialgeschäft Louis Littauer Breiteweg 272. 1448

Kaufe Nähmaschinen, auch nicht nähernd. Offert. m. Preis u. System an Zakrocki, Neuhäbenerstr. 32, H.I.

Knopf- u. Schnürstiefel harte Ware 2661 25-26 27-30 31-35 3.00 3.35 3.75

W. Brandt, Ecke Gärtnerstr. Gut jugendes Frettschen billig zu verkaufen Gr. Weinhoffstr. 14. 1046

Ein moderner Kinderwagen, hell, zu verkaufen Wolfenbüttele-straße 17, Hof rechts, 2 Tr. 1047

Aufwärterin findet Stellung bei Weinberg, Berlinerstraße 1a, Laden. 2662

Hohepfortestr. 49a freundl. Vorderwohnung z. 1. April zu vermieten. Preis 340 Mark. 12

Vorderwohnung 58 Zaler, fortzugshalber zum 1. April zu vermieten. 1045

Eine Wohnung, 1 Stube, 2 Kam., 1 Küche, 1 Bad, 1 Kell. u. 1 Stall zum 1. März oder 1. April zu verm. Lemsdorf, Marienstr. 10, 1 Tr. r.

Rehme hiermit die Beleidigung wegen die Ehefrau Amalie Häbe zurück und erkläre dieselbe für eine ehrenhafte Frau. Aug. Krönert. 1052

Stadt-Theater. Donnerstag den 15. Februar 1906 Figaros Hochzeit. Freitag den 16. Februar 1906 Orpheus in der Unterwelt

Wilhelm-Theater. Donnerstag den 15. Februar 1906. Bis früh um Fünfe. Freitag den 16. Februar 1906. Bis früh um Fünfe.

Sieverts Variété Donnerstag, 15. Februar Großer Gala-Opern-Abend

Voranzeige. 17 Freitag den 16. Februar Vollständiges Programm. Leichen Nr. 3776.

Arbeiter-Sängerbund für Magdeburg und Umgegend.

Unser diesjähriges Winter-Bundesfest bestehend in Großem Vokal- und Instrumental-Konzert mit anschließendem BALL findet am Sonnabend den 24. Februar im festlich dekorierten „Luisenpark“, Spielgartenstraße Nr. 1c, statt. 2685

Chorprobe: Sonntag den 18. Februar, vormittags 11 Uhr, im „Thalia“-Restaurant, Budaan.

Bürgerhaus, Stephansbrücke. Heute Mittwoch: Großes Vockbierfest

wozu ergebenst einladen A. Hosse und Frau.

Voranzeige. Das Mandolinen-Trio Les Napolitano

hat zu dem am Sonntag den 18. Februar stattfindenden Konzert im „Luisenpark“ seine Mitwirkung zugesagt.

Allgemeiner Frauenverein. 4. Volks-Unterhaltungsabend

Donnerstag d. 15. Febr., abds. 8 1/2 Uhr, i. Prunksaal d. „Fürstenhof“

Der Harz. Vortrag mit Lichtbildern, Rejitationen, Männer-Quartetten, und Vikton-Soll. - Jedermann willkommen.

Eintrittskarten à 15 Pf., im Vorverkauf bei Peters, Buchh., Breiteweg 150. Dr. Zuer, Zigarettengeschäft neben d. „Fürstenhof“, u. in den Vorstädten. Näheres durch Plakate. An der Kasse 20 Pf. 2595

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein. Bezirksversammlung im Luisenpark

Freitag den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet eine statt. Gewerkschaftssekretär Rößlinger spricht über Sklaverei im Altertum.

Walhalla. Heute Donnerstag den 15. Februar 1906

Lezter Tag des glänzenden Februar-Programms. Nur Spezialitäten ersten Ranges. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Kaiser-Panorama. Eine Reise in Oberbayern. Partenkirchen, Garmisch. Ein interessanter Besuch von Madrid.

Carneval-Szenen und Stiergefechte.

Heute vormittag 9 Uhr ent-schließ nach langem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante 1050

Klara Feil geb. Beck im 45. Lebensjahre. Um stille Teilnahme bitten Magdeburg, d. 13. Febr. 1906.

Otto Feil und Familie. Die Beerdigung findet Freitag den 16. d. Mts., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des West-friedhofs aus statt.

Richard, S. des Arbeiters Bruno Probst, 1 M. 14 T. Gertrud, T. des Arbeiters Albert Griebach, 8 M. 11 T.

Eudenburg, 13. Februar. Aufgebote: Arb. Aug. Braune mit Elise Marie Kuppler. Eheschließung: Arb. August Müller mit Witwe Nelgel, Emma geb. Baumgarten.

Geburten: Gertrud, T. des Arb. Joseph Zosaf. Emmi, T. des Schneidermeisters Emil Geisb. T. des Formers Hermann Reineck. Heinz, S. des Kaufm. Gust. Krull. Elisabeth, T. des Eisendrehers Hermann Gruth.

Todesfälle: Andreas Müller, Fournagehändler, 51 J. 1 M. 4 T. Dorothee Lemier, unversehrt, 33 J. 10 M. 12 T. Elfriede, T. des Formers Petm. Reineck, 11 Sid. Johanne geb. Thiele, Ehefrau des Lehrers Alwin Sieber in Bottmers-dorf, 52 J. 2 M. 21 T.

Budaan, 12. Februar. Geburten: Lisbeth, T. des Hilfsbremf. Karl Lampe. Alt. T. des Modellschneiders Bernhard Berger. Walter, S. des Schlossers Otto Adermann. Paul, S. des Arb. Stephan Gänther.

Neustadt, 13. Februar. Aufgebote: Kupferfchm. Karl Emil Gotta mit Martha Emma Wilhelmine Gille. Büfettier Gustav Karl Glompner mit Anna Emma Germinie Großpik.

Geburten: Marta Agnes Berta, unehel. Otto, S. des Weißgerbers Karl Danker. Julius Karl, unehel. Kurt, S. des Lehrers Karl Feuer-schulte. August, S. des Arb. Ferd. Ferchland. Edith, T. des Stadtdiakons Joh. Marwig.

Todesfälle: Lisbeth, T. des Arb. Aug. Gumb. 1 J. 2 M. 13 T. Ehefr. des Arb.-Jnb. Joh. Freyberg, Luise geb. Dackstein, 62 J. 8 M. 10 T.

Palberstadt. Aufgebote: Kaufmann Ger-mann Schulze in Essen mit Martha Hermann hier. Witzfeldweibel Egon Konrad Wofch hier mit Klara Emilie Elise Gröhmacher in Döcherleben. Weichensteller Karl Koch in Groß-Quenstedt mit Marie Wogbalene Walfser geb. Rudmann hier. Schiffs-leger Wilhelm Marquardt in Quedlin-burg mit Martha Eßmann hier.

Eheschließungen: Stein-aulbrenner Paul Regener mit Agnes Buchheister. Musiker Karl Roloff mit Anna Münchhoff. Bahnarbeiter Karl Schrader mit Lina Kömmer. Sergeant Ernst Jakob mit Anna Wietfeld.

Geburten: S. des Oberpost-assistenten Heinrich Siemers. T. unehelich. T. des Lehrers Gustav Rathge. S. des Hilfsrottenführers Gustav Pöhl. S. des Hausdieners Karl Vivour. S. des Gefangenenaufsehers Otto Müller. S. des Wigwachmeisters Paul Seifert. S. des Maurers Gustav Seehing. S. des Arbeiters Walter Winkler. S. des Tischlers August Lindau.

Todesfälle: Heinrich, S. des Oberpostassistenten Heinrich Siemers, 2 T. Handelsmann Friedrich Henkel, 60 J. Witwe Dorothea Helebe geb. Fiefele. 73 J. Witwe Pauline Heinrich geb. Rig. 75 J. Witwe Elisabeth Dröber geb. Meyer. 81 J. Frida, T. des Arb. Adolf Döring. 1 J. Auguste geb. Perjener, Ehe-fran des Modellers Wilh. Kapier-schmidt in Jfenburg, 47 J. Anna Schulze, 18 J. Kurt, S. des Ober-stellers Paul Engler, 1 M. Brun-hilde, T. des Tischlermeisters Louis Radig, 5 J. Anna Hilgel aus Althenstedt, 21 J. Berta geb. Born-mann, Ehefrau des Unterlifers Karl Göbe, 37 J. Franziska geb. Hoene, Ehefrau des Igl. Schulrats, Stadtrats Dr. phil. Julius Hirt, 58 J. Witwe Dorothee Henje geb. Schulte aus Kloster-Verlesleben, 73 J.

Acherleben. Eheschließung: Wäffette Wilhelm Schmech in Braun-schweig mit Ida Stoye hier.

Geburten: S. des Bergmanns Karl Hartmann. S. des Hilfs-bremfers Emil Rehe.

Todesfälle: Ehefrau Henriette Heide geb. Marx, 63 J. 7 M. 14 T.

Nähmaschinen - Fahrräder

Wasch- und Wringmaschinen nur bestes Fabrikat bei soliden Preisen empfiehlt 2660

Reinhold Osterroth, Mechaniker Säneburgerstraße 21, am Bahnübergang. Reparaturen von Maschinen u. Rädern aller Systeme Kataloge und Preislisten auf Wunsch gratis und franko.

Besuchen Sie meinen Ausverkauf bei W. Brandt Schuhwarenhaus Ecke Gärtnerstr. + W. Brandt + Ecke Gärtnerstr. so werden Sie finden, daß Sie in jeder Beziehung vorteilhaft kaufen. 2298 - Großer Vorrat noch vorhanden. -

Einige Neue Welt-Kalender à 40 Pfennig

Arbeiter-Notizkalender à 60 Pfennig

noch vorrätig in der Buchhandlung Volksstimme, Jakobstrasse 49

Im Zirkus

Auf allgemeines Verlangen noch heute und morgen

Das schlimmste Weib von London.

Großes amerikanisches Sensationsdrama in 5 Akten (10 Bildern) von Walter Melville. Deutsch von Siegfried von Luz.

In England, Amerika, Afrika, Australien, Neuseeland über 6000mal aufgeführt.

Sonabend, nachmittags 4 Uhr Große Kinder-Vorstellung

Das verzauberte Schloss.

Reinhold Osterroth in 4 Akten. Erwachsene zahlen auf allen Plätzen, außer Loge, 20 Pf., Kinder 10 Pf.



Sitzung die Gewährung von Urlaub. Jetzt beabsichtigt die Verwaltung der Gaswerke, die Urlaubsfrage zu regeln. Zu Sonntag früh waren die Laternenwärter auf Veranlassung des Herrn Oberaufseher Wächter nach der „Reichskrone“ bestellt worden, wo ihnen mitgeteilt wurde, es bestände die Absicht, sechs Tage Urlaub einzuführen. Aber Kosten sollen dadurch nicht entstehen, die arbeitenden Laternenwärter sollen die Arbeit ihrer beurlaubten Kollegen miterledigen. In zwei Wochen sollen alle 106 Mann ihren Urlaub wahrnehmen. Das scheint uns allerdings eine irrtümliche Auffassung unfres Berichterstatters zu sein, denn es ist unmöglich durchführbar, besonders dann, wenn keine Hilfskräfte eingestell werden. Uebrigens wünschten die Laternenwärter, daß nächstes Mal ein Versammlungsort nur gewählt wird, in dem man nichts zu verzehren braucht, die Stadt hat ja Lokalitäten genug zur Verfügung. Am Sonntag war bloß die Hälfte der Leute erschienen. Die Berechtigung der sozialdemokratischen Forderungen ist durch das Vorgehen der Verwaltung des Gaswerks anerkannt. Weshalb erklärte man denn das nicht im Stadtparlament? —

— Ein großer Mangel ist bei dem Steuerzahlen, an und für sich schon eine unangenehme Sache, noch die Unbequemlichkeit und Schwierigkeit, mit der das Abblenden des zur Erhaltung des Staates und der Kommune so notwendigen Geldes verknüpft ist. Schon verschiedentlich sind Klagen hierüber laut geworden, denn es ist doch wirklich unangenehm und lästig, an den Steuerzahlstellen der einzelnen Stadtteile so lange stehen zu müssen und sich drängeln zu lassen, um das Geld nur loszuwerden. Es wird sich ja nie ganz vermeiden lassen, daß an den letzten Tagen der zum Steuerzahlen gesetzten Frist der Andrang ein enormer ist, dafür sorgt schon die Nachlässigkeit und Vergesslichkeit des lieben Publikums, aber auch als letztes und nicht geringstes, die Unmöglichkeit vieler armer Steuerzahler, das zum Lebensunterhalt und so nötige Geld zur Steuerkasse tragen zu können. Aber vielleicht ließe sich baldigst, d. h. nur für den nächsten Steuertermin, eine Vermehrung der Zahlstellen herbeiführen. Besonders arg sollen die Verhältnisse nach uns zugegangenen Klagen in der Sudenburg sein. Die Zahlstelle 2 namentlich war an mehreren Tagen stundenlang belagert. Wir glauben, daß der Magistrat hier nur Berichte der beteiligten Beamten einzufordern braucht, um dann schon zu der Ueberzeugung zu kommen, daß hier eine Aenderung einzutreten hat. —

— Der Provinzial-Landtag in Merseburg hielt am Montag seine letzte Sitzung ab. Das bemerkenswerteste der ganzen Tagung war auch am Montag wieder die Landes-Feuerzweck-Angelegenheit. Die Sache kam nicht zum Abschluß, da die Kommission einen längeren Antrag vorlegte, in welchem namentlich die rechtlichen Bedenken der Verschmelzung oder Neukonstituierung erörtert wurden. Laut dem Antrage ist der Provinzial-Landtag beauftragt, in eine Vereinigung der beiden Landes-Feuerzweck-Anstalten unter Angliederung der neuen Anstalt an die Provinz zu willigen, wenn ihm das Recht verbleibt bzw. zugestanden wird:

1. den Generaldirektor zu wählen unter Einräumung eines Vorschlagsrechts an eine nach Einleitung der § 10—12 vorgelegten Sitzung zu bildende Deputation;
2. die Mitglieder des Direktorialrates aus den Mitgliedern dieser Deputation zu wählen;
3. die von den beiden Sozietaeten vorzuschlagende Satzung für die neue Anstalt zu erlassen und Änderungen derselben von seiner Zustimmung abhängig zu machen;
4. den von den Organen der Anstalt festzustellenden Haushaltsplan zu genehmigen;
5. die Rechnung der Anstalt abzunehmen und hinsichtlich derselben Entlastung zu erteilen.
6. Mit der Erledigung der nicht dem Generaldirektor vorbehaltenen Verwaltungsangelegenheiten würde der Direktoriatrat zu betrauen sein, wobei derselbe indessen hinsichtlich besonders wichtiger Punkte, wie solche im § 13 der vorgelegten Satzung gekennzeichnet sind, an die Zustimmung der Deputation zu binden wäre. Die Auflösung der Anstalt und die Bestimmung über die Verwendung des alsdann vorhandenen Vermögens würde außerdem von der Zustimmung des Provinzial-Landtags abhängig zu machen sein.

Der Antrag der Kommission wurde schließlich angenommen und zum weiteren Verfolg der Angelegenheit fünf Mitglieder des Provinzial-Landtags bestimmt.

Es steht also lange noch nicht fest, ob Halle bei einer Verschmelzung der Landes-Feuerzweck-Anstalten wirklich zum Sitz der Verwaltung bestimmt wird. Magdeburg dürfte in empfindlicher Konkurrenz treten.

Nachdem die ausstehenden Mitglieder des Provinzial-Landtags einstimmig wiedergewählt waren, schloß Oberpräsident Bötticher mit dem üblichen Kaiserhoch die Tagung. —

— Einen Walfeste-Abend veranstaltet das hiesige Gewerkschaftskartell am 1. März im „Luisenpark“. Der bekannte Rezitator wird Gerhart Hauptmanns „Weber“ vortragen. —

— Die Neustädter Mitglieder des Frauen-Bildungsvereins versammelten sich am Donnerstag im kleinen Saal des „Weißen Hirsches“ zu einer Bezirksversammlung, in der Genosse Holzappel einen Vortrag hält. —

— In dem Auslande der Modellkünstler bei Max Schmiedel und Gebr. Börsch hat sich bis heute nichts geändert. Wie es scheint haben die Herren noch keine Zeit zu mündlichen Verhandlungen und erwarten — Arbeitswillige. —

— In der „Magdeburger Eisenhandlung, G. m. b. H.“ haben gestern 20 Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil ihnen eine Lohnzulage von der Firma verweigert wurde. Die Arbeiter erhielten bisher einen Wochenlohn von 18 Mark und vier Mann einen solchen von 19 Mark. Sie stellen die Forderung, den Wochenlohn auf 24 Mark zu erhöhen. Diese Forderung lehnte die Firma brüst ab und ließ den Arbeitern gestern nachmittag um 4 Uhr sagen, wenn sie die Forderung aufrechtstellen, würden sie um 6 Uhr entlassen. Darauf legten die Arbeiter die Arbeit gleich nieder. Eine Verhandlung, die gestern abend der Vertreter des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter mit den Firmeninhabern hatte, verlief resultatlos. Die Herren sind der Ansicht, daß 18 Mark ein auskömmlicher Wochenlohn sei. Wenn diese Herren einmal selbst versuchen müßten, mit 18 Mark pro Woche ihre Familie zu ernähren, würden sie vielleicht einsehen, wie berechtigt eine Lohnzulage ist. Doch die Herren wollen sich nicht von ihren Arbeitern die Pistole auf die Brust setzen lassen, sondern Herr im Hause sein. Im Laufe des gestrigen Abends hatte die Firma schon einig Arbeitswillige angeworben. Ueber zwanzig Mann hatte sie angenommen, die jedoch bis auf einen Freund heute morgen, nachdem sie erfahren hatten, welche traurige Rolle ihnen zugeordnet worden war, sich für die Arbeit bedankten. Wir hoffen, daß alle Arbeiter Magdeburgs so denken und sich für eine Arbeit bedanken, bei der sie verhungern können. Die Firma wird sich dann wohl oder übel mit den Streikenden verständigen müssen. —

— Bedauerndwerte Streikbrecher. Der Korbmachermester Reinecke, Sudenburg, St. Michaelstraße 23, dessen Leute sich seit sechs Wochen im Auslande befinden, sucht in der „Korb-Industrie“ und „Weiden-Feimung“ Korbmacher, welche nicht den Deutschen Holzarbeiterverband angehören. Es ist dies ein Beweis dafür, daß der deutsche Holzarbeiter bestrebt ist, die Hungerlöhne von 12 bis 20 Mark bei 65stündiger Arbeitszeit abzuschaffen. Herr Reinecke wird wohl noch lange auf die genügenden „Mittelveränder“ warten müssen. Zu welchen Mitteln bereits gegriffen wird, zeigt die Heberweisung eines Insassen des Kruppelheims in Cracau an Reinecke. Dieser arme Mensch,

welcher sich nicht auf den Füßen halten kann, muß hier arbeitswilligen Diensten verrichten. Diese sogenannte Wohltätigkeitsanstalt in Cracau trägt also dazu bei, daß den Steuerzahlern und Wägern Magdeburgs die Möglichkeit genommen wird, die Hungerlöhne zu verbessern und den staatsbürgerlichen Verpflichtungen nachzukommen. Die Strafanstalten arbeiten seit 1. Januar verboten und hier holt sich Herr Reinecke ähnliche Arbeitskräfte! Was sagt die Innung Magdeburgs zu diesem Vorgehen ihres Oberhauptes? —

— Ein armer Sünder, ein Lehrling von vielleicht 15 Jahren, stand am Dienstag vor dem Schöffengericht, um sich wegen „Diebstahls“ zu verantworten. Der Junge, welcher in dem großen Gerichtssaal mütterleerlein (der Vater ist tot, die Mutter mußte auf Arbeit) gegenüber dem Gerichtshof, Ankläger und den fünf Zeugen stand resp. auf der Anklagebank saß, hatte den Versuch gemacht, seinem Lehrherrn, dem Kunst- und Dekorationsmaler Gustav Reinecke, eine Handvoll Chromgelb und eine kleine Flasche mit Deckweiß zu entwenden, um zu Hause malen zu können. Er hatte sich die Sachen zurückgestellt in der Werkstatt, wo sie von Angestellten gefunden wurden. Allerdings bekamen die Lehrlinge auf Befragen von dem Werkmeister mit Erlaubnis des Chefs die Genehmigung zum Mitnehmen kleiner Farbemengen, da, wie der Werkmeister sehr richtig bemerkte, „jeder weiß, wie es Lehrlinge machen, man hat doch auch gelernt. Die jungen Leute, namentlich wenn sie erst kurze Zeit in der Lehre sind, denken, sie brauchen wer weiß wieviel Farbe, wenn sie zu Hause mal ein bißchen malen und pinseln wollen.“ Auch nach der Bekundung des mit der Untersuchung in dieser „wichtigen Angelegenheit“ betraut gewesenen Kriminalbeamten handelt es sich bei diesen auf die Seite gestellten Farben nur um den Wert von wenigen Pfennigen, so daß von einer strafbaren Handlung im eigentlichen Sinne des Wortes wohl kaum zu reden sei! Herr Reinecke bezifferte den Wert allerdings etwas höher als die übrigen Zeugen, konnte aber keine genauen Angaben darüber machen. Er suchte den Jungen noch mehr zu belassen, mußte aber auf Ersuchen des Vorsitzenden, nur das zu sagen, was er selbst gesehen habe oder selbst wisse, zugeben, daß er dies nur vom Hörensagen wisse! Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die Sache bei der Geringfügigkeit nicht zurücknehmen wolle, verneinte Herr Reinecke. „Ich glaube, ein gutes Werk zu tun, wenn der Junge bestraft wird, damit er kurier wird und einen Denkfessel erhält.“ Der Angeklagte wird von R. noch in anderer Weise belastet, so daß der Vorsitzende sagt: „Sie verwechseln wohl das, was Sie wissen und was Sie sagen.“ Der Junge gibt das im August 1905 begangene Vergehen zu. Er ist aus Angst aus der Lehre weggeblieben, und da seine Mutter auch keine Schritte trotz Aufforderung des R. unternahm, stellte letzterer Strafantrag. Beantragt werden 2 Tage Gefängnis. Der Sünder fand aber menschliche und milde Richter, die ihn mit einem Verweis bestrafen. Allerdings eine Strafe, aber doch wenigstens eine gelinde. Damit war die Staatsaktion beendet, in der vor Gericht fünf Zeugen vernommen werden mußten, darunter einer unter Mitwirkung eines Taubstummenlehrers, und auch noch ein Kriminalbeamter Ermittlungen anzustellen beordert worden war infolge des „nach Gesetz und Recht“ gestellten Strafantrags.

— Die Dampfverbindung Magdeburg-Habelberg ist jetzt wieder eröffnet worden. Unsere Lesern hierüber nähere Angaben zu machen wird uns leider nicht in der Lage, da der „Volksstimme“ derartige Bekanntmachungen der beteiligten Firmen nicht zugehen. —

— Schiffsunfälle auf der Elbe. Am Dienstag vormittag gegen 10½ Uhr rief an einem aus acht Fahrzeugen bestehenden Schleppzug, der stromaufwärts fuhr, das Schleppboot, als die Rähne am Petrisföder waren. Die Fahrzeuge trieben durcheinander stromaufwärts und kamen unterhalb der Königsbrücke zum Halten. Infolge des hierbei erfolgten Zusammenstoßes zweier Rähne brach an einem Rähne das Steuer. Menschen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Ein zweiter Zusammenstoß ereignete sich nachmittags gegen 5 Uhr auf der Elbe unterhalb der Eisenbahnbrücke beim Herentrug, woselbst ein stromaufwärts fahrender Kahn mit einem aufwärts fahrenden Dampfer der Elbenossenschaft kollidierte. An dem Rähne zerbrach das Steuer, wobei der Steuermann, der einen Oberarmbruch erlitt, auch noch in die Elbe fiel, aber glücklicherweise infolge der Besonnenheit der Bootskente gerettet wurde, die auch weiteres Unheil verhüteten. —

— Von der Feuerwehre. Ein größerer Kellerbrand entstand Dienstag nachmittag gegen 4½ Uhr im Hintergebäude des Hauses Breitenweg 227 woselbst ein größerer Posten Stroh- und Holzwohle in Brand geratet war. Beim Eintreffen der Hauptwache hatte das Feuer bereits solche Ausdehnung angenommen, daß mit zwei Schlauchlinien unter Anwendung von Rauchmaschinen vorgegangen werden mußte. Bei den vorgenommenen Löscharbeiten zog sich die etwa 60 Jahre alte Ehefrau des Dienstmanns K r e i t z e r, welche im Keller beschäftigt war, erhebliche Brandwunden an der rechten Hand, dem linken Arm, an Gesicht und Brust zu. Von Sanitätsmännern der Feuerwehre wurde ihr der erste Verband angelegt. Die Verletzte fand dann in der Krankenanstalt Altstadt Aufnahme. —

— Unfall. Am Dienstag abend in der Dunkelheit fiel der Tischlermeister L e n n e insofern infolge Offenstehens des Deckels in die Müllgrube auf dem Hofe des Grundstücks Braunerhirsstraße 8. Er erlitt eine Rippenquetschung und fand Aufnahme in der Krankenanstalt Altstadt. —

— Vortrag. Auf Veranlassung des Vereins „Magdeburger Jugendschutz“ und des „Allgemeinen Frauenvereins“ wird Frau Marie Stritt aus Dresden am Montag den 19. d. Mts., abends 8½ Uhr, im Saale des „Kaiserhof“ einen Vortrag über „Strafrecht und öffentliche Sittlichkeit“ halten. Der Eintritt zum Vortrag ist frei. Gäste sind willkommen. —

— Antialkoholvortrag. „Wer die Abstinenz bekämpft, befördert die Trunksucht“, lautet das Thema, über welches Herr Oberlehrer Weiskner am Sonntag den 17. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula der Luisenschule, Breitenweg 199/200, einen Vortrag halten wird. Freie Aussprache, Eintritt frei. —

### Kleine Chronik.

#### Eine unmenschliche Mutter.

In Ried im Fankreis hat sich die Bauersmagd Franziska Beckner selbst den Gerichten gestellt und ein schreckliches Verbrechen eingestanden. Sie hat vor ungefähr vierzehn Tagen ihr neugeborenes Kind in ein Taichentuch gewickelt und lebend den Schweinen vorgeworfen, die es auffraßen. Sie gibt an, die Tat aus Scham und Verzweiflung verübt zu haben. —

#### Ein Bahnunglück in Köln.

Infolge falscher Weichenstellung hat sich in Köln ein Zusammenstoß zwischen einem Zug der elektrischen Uferbahn und einem Zug der nach Bonn fahrenden Kleinbahn ereignet, wobei ein Bahndeamter getötet und acht Personen schwer verletzt wurden. —

#### Uniformeifersucht.

Weil er an der Uniform eines Oberbeamten der Bach- und Schließgesellschaft Anstoß genommen hatte, wollte ein Polizeikommissar diesen wegen unberechtigten Tragens einer Uniform auf Grund des Groben Ungehorsamsparagraphen verdonnert wissen. Es seien mitunter Ueberschreitungen mit Polizeibeamten vorgekommen. Ist das nicht schrecklich? Das Dresdener Schöffengericht aber hatte für die Schmerzen des Polizisten wenig Verständnis; es sprach

den Uniformjunker frei, da der Oberbeamte nachweisen konnte, daß die Uniform durch die auf Knöpfen, Kragen und Ärmelrücken angebrachten Schließel und durch den Schnitt der Uniform sich wesentlich von der Polizeiuniform unterscheidet. Zu was für mühsigen Sorgen doch manche Leute Zeit haben!

#### Vom Eisenbahnzug zerstückelt.

Montag wurde am späten Abend unweit des Bahnhofs Lützen auf dem Bahngleise die Leiche eines etwa zwanzigjährigen Mädchens, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt ist, zerstückelt aufgefunden. Zur selben Zeit meldete ein bisher noch nicht ermittelter Herr aus Charlottenburg telefonisch nach Wannsee, er habe beobachtet, wie ein Mädchen aus dem Stadtbahnzuge bei Wannsee gestürzt sei. —

### Letzte Nachrichten.

#### Die russische Revolution.

Sd. Petersburg, 14. Februar. Zwölf maskierte und bis an die Zähne bewaffnete Individuen drangen in die am Sabotankst-Brospekt gelegene Filiale der Reichsbank ein, um die dortige Kasse zu berauben. Der Kassierer sowie ein anwesender Polizeioffizier verteidigten die Kasse mit Revolvern. Einer der Räuber sowie der Offizier wurden getötet, des letzteren Frau schwer verletzt. Die Räuber mußten schließlich flüchten. —

Sd. Petersburg, 14. Februar. Der Prozeß gegen die verhafteten Mitglieder des Arbeiterdeputiertenrates wird anfangs April, und zwar öffentlich stattfinden. —

\* Riga, 14. Februar. In mehreren Orten Livlands sind nach dem Weggange des Militärs wieder revolutionäre Scharen erschienen und verübten Vergeltung an den wiedereingeleiteten zarischen Gemeindefürsten und Schreibern sowie Brandstiftungen. —

Sd. Petersburg, 14. Februar. Die muslimanischen Einwohner der Dorschaft Torkoi haben sich geweigert, den Kavallerietruppen Jurage zu liefern. Infolgedessen gab der Kommandant der Abteilung Befehl zu schießen. 40 Einwohner wurden getötet. —

\* Riga, 13. Februar. Fünf Offiziere, die unter dem Einfluß nachlässiger Gutsbesitzer gewissenlos Lodesurteile fällten und vollstreckten, wurden verhaftet. Ein Baron Korff, der einen Lehrer Malyev, der sich in keinerlei Weise an den revolutionären Vorgängen beteiligt hatte grausam auspeitschen und dann hinrichten ließ, verhofft sich aus Furcht vor der Rache des Volkes. —

\* Warschau, 14. Februar. Gestern abend wurden durch eine Bombenexplosion 8 Personen, darunter der Bombenträger, verletzt. —

\* Berlin, 14. Februar. Der 30jährige holländische Arbeiter van Hjerlos, welcher seit 6 Jahren in Duisburg-Weiderrich lebte, wurde als „lästiger Ausländer“ aus Preußen ausgewiesen. —

\* Garburg, 14. Februar. In Eihendorf beschloßen die Sozialdemokraten, aus der evangelischen Landeskirche auszutreten, weil mehrere sozialdemokratische Gemeindeglieder, die in den Schulvorstand gewählt worden waren, wiederholt nicht bestätigt wurden. Bis jetzt sind 48 Arbeiter aus der Landeskirche ausgetreten. —

Sd. Chalons sur Marne, 14. Februar. Infolge einer Maßregel, welche von der Direktion der nationalen Gewerkschule gegen eine Anzahl Schüler veranlaßt worden war, demonstrierten gestern circa 300 Schüler der Anstalt. Sie verschanzten sich in den Schulräumen und empfingen die Auffichtsbeamten mit allerlei Geschossen. Auch der Direktor, der intervenieren wollte, mußte sich zurückziehen. Infolgedessen ließ der Direktor Truppen requirieren und die Schulkolale stürmen. Die Schüler wurden dann zum Bahnhof transportiert und in ihre Heimat abgehoben. —

\* Paris, 14. Februar. Der antimilitaristische Verband ließ von neuem einen Aufruf anschlagen, worin die Soldaten zur Fahnenflucht, zu Gewalttätigkeiten gegen die Offiziere und zur Gehorsamsverweigerung im Falle einer Mobilmachung aufgefordert werden. Die Plakate, die von der Polizei entfernt wurden, tragen ungefähr zweitausend Unterschriften, sowie eine Note, die besagt, daß die Unterzeichner der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stehen und auch mit weiteren Unterschriften dienen können. Die Staatsanwaltschaft ist nun ratlos, da sie nicht weiß, wie sie gegen 2000 Personen Anklage erheben soll. —

### Vereins-Kalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend den 17. Februar, abends 8½ Uhr, Bezirk Magdeburg in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerufer 27/28; Bezirk Lützen in der Lokale von Jul. Göhr; Bezirk Gr.-Dietrich in der Lokale von Fr. Strumpf; Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark“; Bezirk Döbmitz in der Winterergänzung im Lokale des Herrn Niebock. Siehe auch Inserat morgen. —

Verband städtischer Arbeiter, Filiale Magdeburg. Mitglieder-Versammlung Sonnabend den 17. d. Mts., abends 8 Uhr, in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerufer 27/28. 462

Verband deutscher Freireuergesellschaften, Zweigverein Magdeburg. Jeden Montag, abends 9½ Uhr, Versammlung im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 33. 464

Wagenbauer-Krankenkasse. Sonnabend den 17. Februar, abends 8 Uhr, bei Balzer. 468

Arbeiter-Sängerbund. Sonntag den 18. Februar, vorm. 11 Uhr, Uebungsprobe im „Thalia“-Saal, Budau. 463

Sudenburg Arbeiter-Gesangverein. Jeden Freitag abends 8½ Uhr bei Alb. Raumann Uebungsstunde. 410

Gesangverein Lieberkrantz Sudenburg. Jeden Freitag, abends 8½ Uhr, Uebungsstunde bei Alb. Buchtow, Lutherstraße 24. 410

### Briefkasten.

W. N. Wenn die Vorrichtung nur für Sie getroffen ist, dann sind Sie zur Reinigung verpflichtet. Ohne Kündigung können Sie die Wohnung nur aufgeben, wenn deren Benutzung mit einer erheblichen Gefährdung der Gesundheit verbunden ist. Für die Zeit, wo die Wohnung untauglich war, brauchen Sie keine Miete zu zahlen. War die Wohnung nur zum Teil tauglich, so können Sie die Miete entsprechend kürzen. —

H. L. Bömmelste. Die Verordnung ist datiert vom 27. Oktober 1905 und am 1. Januar 1906 in Kraft getreten. Private Veranstaltungen am ersten Weihnacht-, Oster- und Pfingstfesttag sind durch die Verordnung nicht unterlagt. —

Ein Abonnent. Große Marktstraße 13. —

H. S. Gumbert. Wegen der Schadenersatzfrage müssen Sie einen Rechtsanwalt zu Rate ziehen. 2. Die Große Woddenwelt können Sie bei der Post abonnieren. Wenn Sie 1,60 Mark an die Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, Jakobstraße 49, einenden, erhalten Sie „Die Große Woddenwelt“ unter Streifenband für das erste Quartal direkt zugesandt. —

W. S. Gommern. Deswegen müssen Sie sich mit Ihrer Kreisvorsitzenden in Burg in Verbindung setzen. —

Kreis Wanzleben. Für die Opfer der russischen Barrikadenkämpfe gingen ein: Lomsdorf, rote Rindhaue bei Räßberg 3,60 Mark, Salke-Weserhüben von den Glasarbeitern 30 Mark. Jul. Koch. —

Schönebeck. Für die Freiheitskämpfer in Rußland gingen ein: Salge, „Athletenklub Viktoria“, Extratanz 2,86 Mark, Lipse 122 Th. Schmidt. —

# H. Lublin

Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend

## Linoleum

Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend

Ein Posten	<b>Linoleum-Läufer</b>	Breite 60 cm	Meter	<b>63 55</b>	Ein Posten	<b>Linoleum-Läufer</b>	Breite 90 cm	Meter	<b>1.00 85</b>
Ein Posten	<b>Linoleum-Läufer</b>	Breite 67 cm	Meter	<b>75 65</b>	Ein Posten	<b>Linoleum-Läufer</b>	Breite 110 cm	Meter	<b>1.25 1.00</b>
		<b>Ein Posten Linoleum zum Belegen</b>		Quadratmeter			<b>1.15 95</b>		

<b>Linoleum glatt</b>	2,2 mm stark . . .	Quadratmeter	<b>1.75 1.50</b>
<b>Linoleum glatt</b>	3 mm stark . . .	Quadratmeter	<b>2.50 2.00</b>

<b>Linoleum durchgemustert</b>	Inlaib . . .	Quadratmeter	<b>3.50</b>
<b>Linoleum durchgemustert</b>	Granit . . .	Quadratmeter	<b>2.00</b>

## Linoleum-Teppiche und Vorlagen

### Teppiche

Grösse 125/200 ohne Borte

**2.90 2.35**

Grösse 200/250 ohne Borte

**5.75 4.75**

Grösse 200/300 ohne Borte

**6.90 5.70**

### Teppiche

Grösse 150/200 mit Borte

**5.60**

Grösse 200/250 mit Borte

**9.25**

Grösse 200/300 mit Borte

**12.25**

### Vorlagen

Grösse 45/65 . . . Stück **45**

Grösse 70/90 . . . Stück **75**

Grösse 70/115 . . . Stück **1.40**

**Ein Posten Teppiche durchgemustert**

Inlaib  
Sonderpreis

Grösse 150/200      200/250      200/300

**10.50 17.50 21.50**

**Ein Posten Stores**

Pointlace und Spachtel

bedeutend unter Preis

**Ein Posten Portieren - Garnituren**

Tuch und Seinenplüsch

zur Hälfte des regulären Preises

**Ein Posten Kissen**

mit und ohne Volant, sehr billig

**Ein Posten Sofa-Plüsch-Garnituren**

Wert 20.00 Garnitur **13.75**

**Ein Posten Wachstuch-Reste**

**10 15 25 50**